

PROTOKOLL

über die 45. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 23. Jänner 2003, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Stefan Fröhlich, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda

ENTSCHULDIGT: -

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) Fin-16/02 Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe; Ansuchen um Zuerkennung einer a.o. Subvention für die Anmietung von Räumlichkeiten in der Fabrikstraße 56.

- 2) K-80/02 Hochwasserbenefizveranstaltung am 12. 9. 2002.
- 3) GHJ2-85/02 Sanierung nach Hochwasser am 12. 8. 2002; Heizungserneuerung Wasserwehr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

- 1) Zl.6867/46 Dachstein Tourismus AG (DAG) Aktien; Verkauf.
- 2) Fin-106/02 Umsatzsteuerprüfung 1998 - 2001.
- 3) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.
- 4) Präs-2/03 Europäische Wissenschaftstage Steyr 2003.
- 5) Schu-28/97 Fernstudienzentrum Steyr; Erhöhung der Kosten für den laufenden Betrieb.
- 6) Fin-100/01 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2002.
- 7) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplan Nr. 2.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 8) SH-4/02 Verein „Miteinander - MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2003.
- 9) Fin-215/02 Produktionsschule Steyr; Festlegung des Standortes und Freigabe der Mittel.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 10) GHJ2-69/03 Sanierung nach Hochwasser am 12. 8. 2002 - Zwischenbrücken 2 (Naturfreunde).

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 11) BauStr-12/02 Neugestaltung Stadtplatz; Grundsatzbeschluss.
- 12) BauT-6/01 ff Kanalisation Stadt Steyr, Antrag um Auftragsweiterung und Mittelfreigabe für
 - A) Kanäle Tabor - Taschelried
 - B) NK Arnhalmweg
 - C) NK Feldstraße - Auswechslung Drosselstrecke
 - D) Seitenstettner Straße - Kleinraminger Straße
 - E) NK Neubaustraße
 - F) Bauleitung und Bauarbeitenkoordination gem. BauKG Pkt. A - EEndabrechnung der Bauarbeiten und Bauaufsicht; Zustimmung Nachtragsangebot.
- 13) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten sowie Pflasterungsarbeiten samt Granitsteinlieferung; Auftragsweiterung Abbiegespur; Ampelanpassung.

- 14) BauT-14/02 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Stadtteil Weinzierl, 2. Ausbaustufe; Vergabe der Bauarbeiten.

- 15) BauT-13/02 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Steyrdorf Teil 6; Vergabe der Bauarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

16) Fin-122/02 Verein Dominikanerhaus Bibliothek Steyr; Projektförderung für den Ausbau des Regalsystems.

17) Fin-2/03 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr Umgebung für das Finanzjahr 2003; Akontozahlungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, verehrte Vertreter der Presse, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und die ordnungsgemäße Einberufung feststellen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind heute die Gemeinderäte Rudolf Blasi und Elfriede Reznar. Etwas verspätet wird der GR Hoflehner heute kommen. Ich nehme an, sonst sind alle hier. Keiler Stephan kommt auch etwas später.

Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Frau Gemeinderätin Mag. Frech richtete mit Schreiben vom 15. 1. 2003 folgende Anfrage an mich, sie lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 4. 11. 1999 wurde ein Kooperationsvertrag zum Zwecke der Herausgabe einer Städtepartnerschaftsmedaille mit einer Privatperson abgeschlossen. Zur Finanzierung der aus dieser Kooperationsvereinbarung entstehenden Verpflichtung wurde damals eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1,697.000,-- genehmigt.

In der Folge wurden 5.000 „Bethlehem-Medaillen“ geprägt. In rund eineinhalb Jahren wurden allerdings nicht einmal 10 % der Medaillen verkauft: Nämlich nur 485, während die restlichen 4.515 noch immer auf einen Käufer warten müssen. Das Kontrollamt kritisierte diesen Umstand und hielt in einem seiner Prüfberichte aus dem Jahr 2001 dazu Folgendes fest: „Aufgrund des noch hohen Restbestandes an Bethlehem-Medaillen sollten seitens des zuständigen Magistratsbereiches Überlegungen angestellt werden, wie man in weiterer Zukunft den erwünschten Verkaufserlös forcieren bzw. in welcher Art und Weise der Wert der Medaillen für die Stadt zum Tragen kommen könnte.“

Rund 1 Jahr später, am 13. Juni 2002, war in den Oberösterreichischen Nachrichten zu lesen, dass im Tresor des Rathauses nach wie vor 4.471 Gedenkmünzen schlummern. Binnen eines Jahres waren demnach nur 44 Medaillen verkauft worden. Die Anregungen des Kontrollamtes waren demnach wohl schlichtweg ignoriert worden. Um die Situation zu verdeutlichen: Bei diesen Verkaufszahlen würde es rund ein ganzes Jahrhundert dauern, bis die Medaillen verkauft wären:

Wohl auch aus diesem Grund kam es in der GR-Sitzung vom 4. Juli 2002 zu folgendem Antrag:

„Der Verkauf der in Verwahrung der Stadt Steyr befindlichen Bethlehemmünzen soll konkret im Weihnachtspostamt Christkindl, am Christkindlmarkt, in der Christkindlwelt und in der Weihnachtsausstellung, durch Münzhandelshäuser, im Tourismusverband Steyr und in Steyrer Banken erfolgen. Der Reinerlös dieser Verkaufsaktion wird für Projekte in Bethlehem zur Verfügung gestellt.“ Während der Debatte stellte ich unter anderem die Frage, wer dafür verantwortlich sein wird, dass dieser Antrag auch tatsächlich umgesetzt wird. Immerhin war ja bereits viel zu viel wertvolle Zeit verstrichen, in der man unserer Partnerstadt Bethlehem bereits den Verkaufserlös zukommen lassen hätte können. Die Antwort der Frau Vizebürgermeisterin Mach lautete wörtlich: „Der Herr Bürgermeister muss schauen, was der Gemeinderat beschlossen hat, dass das auch umgesetzt wird. Das steht auch in den Statuten drinnen. Sonst können sie eine Anfrage stellen, warum der Beschluss nicht umgesetzt worden ist.“

Diese Anregung der Frau Vizebürgermeisterin greife ich nun auf, da wiederum mehr als ein halbes Jahr vergangen ist und jedenfalls inzwischen wohl leider feststeht, dass der zitierte GR-Beschluss vom 4. Juli des Vorjahres wieder nicht vollinhaltlich umgesetzt worden ist.

Frage 1: Aufgrund von Rückmeldungen aus der Bevölkerung war anscheinend leider nicht möglich, im abgelaufenen Jahr, ab dem Zeitpunkt der Beschlussfassung im Gemeinderat, diese Bethlehem-Medaillen in allen im gültigen Gemeinderatsbeschluss angeführten Verkaufsstellen zu erhalten.

- a) Waren die Medaillen am Christkindlmarkt erhältlich? Wenn ja, wie viele wurden dort im letzten Jahr verkauft?
- b) Waren die Medaillen in der Christkindlwelt erhältlich? Wenn ja, wie viele wurden dort im letzten Jahr verkauft?
- c) Waren die Medaillen in der Weihnachtsausstellung erhältlich? Wenn ja, in welchen und wie viele Medaillen wurden über diese im letzten Jahr verkauft?
- d) Waren die Medaillen in Münzhandelshäusern erhältlich? Wenn ja, in welchen und wie viele Medaillen wurden über diese im letzten Jahr verkauft?
- e) Waren die Medaillen im Tourismusverband Steyr erhältlich? Wenn ja, wie viele wurden dort im letzten Jahr verkauft?
- f) Waren die Medaillen in Steyrer Banken erhältlich? Wenn ja, in welchen und wie viele Medaillen wurden über die jeweiligen Banken im letzten Jahr verkauft?
- g) Waren die Medaillen im Christkindlpostamt erhältlich? Wenn ja, wie viele wurden im letzten Jahr verkauft?

Frage 2: Wie viele der ursprünglich 5.000 Medaillen sind bis 31. Dezember 2002 verkauft worden? Wie hoch war der Gesamterlös? Wie viele Medaillen sind noch immer vorhanden?

Frage 3: Erging bis heute überhaupt ein Reinerlös aus dem Verkauf der Münzen an unsere Partnerstadt Bethlehem? Wenn ja, wann und in welcher Höhe?

Frage 4: Wer war bisher magistratsintern für die Umsetzung des Beschlusses verantwortlich und warum hat derjenige den Beschluss nicht umgesetzt?

Frage 5: Wenn es anscheinend - aus welchen Gründen auch immer - mit der Umsetzung des GR-Beschlusses vom 4. Juli letzten Jahres so viele Probleme gegeben hat, warum wurde dies den Mandataren nicht zumindest mitgeteilt?

Um Beantwortung dieser Fragen in der nächsten GR-Sitzung vom 23. Jänner 2003 ersuche ich dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bzw. den ansonst zuständigen politischen Referenten.

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Grundsätzlich ist zu dieser Thematik zu bemerken, dass von den 5.000 Bethlehemmedaillen nur ca. 1.000 Stück für den Verkauf in Österreich vorgesehen waren und ca. 4.000 Stück für den Verkauf in Bethlehem. Der Markt in Bethlehem stand aus bekannten Gründen von Anfang an nicht zur Verfügung und kann noch immer nicht beliefert werden.

Weiters ist grundsätzlich zu bemerken, dass auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 4. November 1999 hinsichtlich des Verkaufs der Münzen ein Kooperationsvertrag mit Herrn Mag. Robert Trsek (Gestalter der Münze) abgeschlossen wurde, der wiederum die Firma LIBRA Trading und Consulting GesmbH. mit dem Aufbau des Vertriebes, der Betreuung und Überwachung des Vertriebskonzeptes für Vertriebspartner sowie dem Setzen von Marketingaktivitäten betraute, da im Bereich der Stadtverwaltung keine Kapazitäten und kein Knowhow für diese Aktivitäten vorhanden waren.

Zu Frage 1:

Die Medaillen waren am Christkindlmarkt, in der Christkindlwelt und in der Weihnachtsausstellung nicht erhältlich, weil laut Auskunft der Firma LIBRA die Aussteller keine Fremdartikel vertreiben wollen und nicht einmal die ausgelieferten Plakate aufhängen.

Die Medaillen waren ebenfalls nicht in Münzhandelshäusern erhältlich, da nach Auskunft der Firma LIBRA die Münzhandelshäuser extrem hohe Vermittlungsprovisionen verlangen und mit diesen keine Einigung erzielt werden konnte.

Bezüglich des Tourismusverbandes wurde laut Auskunft der Firma LIBRA abgesprochen, dass dieser Interessenten an die Banken und an das Heimatmuseum verweist.

Bezüglich des Vertriebes in Steyrer Banken wurde seitens der Firma LIBRA mitgeteilt, dass die Medaillen in den Bankstellen der Bank Austria, der Oberbank, der Volkskreditbank AG und der BAWAG erhältlich sind. Weitere Banken haben höflich zu verstehen gegeben, dass sie die Städtepartnerschaftsmedaille nicht verkaufen wollen. Im Jahr 2002 wurden über diese Vertriebsschiene 7 Münzen verkauft.

Im Christkindlpostamt waren die Medaillen in der heurigen Saison erstmalig erhältlich, wobei dort 55 Stück verkauft wurden.

Zusätzlich wurde von Seiten des Herrn Bürgermeisters auch versucht, mit den Serviceclubs hinsichtlich eines Verkaufes eine Einigung zu erzielen, wobei auch dieser Versuch nicht erfolgreich war.

Weiters ist seit kurzem die Münze auch im Stadtservice erhältlich.

Hinsichtlich der Zukunft wurde von der Firma LIBRA mitgeteilt, dass der Markt weiter ausgedehnt wurde und Herr Mag. Robert Trsek die Medaillen mittlerweile auch in Kärnten und in Wien vertreibt.

Weiters wird weiterhin versucht mit Münzhandelshäusern und der Münze Österreich Einigungen über Kooperationen zu erzielen.

Zu Frage 2:

Bis 31. 12. 2002 wurden insgesamt 605 Stück verkauft, woraus sich bei einem Verkaufspreis von Euro 36,26 je Stück ein Gesamterlös von Euro 21.937,30 ergibt. Zu diesem Stichtag waren daher noch 4.395 Medaillen vorhanden, wovon 3.948 Stück im Tresor der Dienststelle Kassa, 14 Stück im Museum der Stadt Steyr, 11 Stück im Stadtservice und 422 Stück bei der Firma LIBRA lagern.

Zu Frage 3:

Da derzeit noch kein Reinerlös aus dem Verkauf der Münzen vorhanden ist, kann aus diesem Titel auch keine Verwendung vorgenommen werden.

Zu Frage 4:

Magistratsintern ist der Geschäftsbereich für Finanzen für diesen Bereich zuständig und arbeitet auch zusammen mit der Firma LIBRA an der Umsetzung dieses Beschlusses.

Zu Frage 5:

Da die Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 4. Juli 2002 noch immer im Gange ist, erging

auch keine Information an die Mandatäre.

Das war die Anfragebeantwortung. Gibt es dazu eine Frage?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, eine Zusatzfrage. Herr Bürgermeister, welche Maßnahmen gedenkt man jetzt zu tun damit man tatsächlich den Verkauf dieser Münzen forciert, weil sonst dauert das wirklich 100 Jahre.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, ich habe vorgelesen, was jetzt geplant ist. Das sind die Maßnahmen. Es wird versucht vom Herrn Trsek das zu verkaufen, es wird versucht über das Christkindl Postamt und, und, und die ganzen Schienen zu benützen, so gut es geht. Wenn in Zukunft der Markt in Bethlehem wieder geöffnet wird, dann wird auch dort wieder verkauft. Ich kann natürlich nicht sagen, wie gut das geht. Aber offensichtlich hat sich das Christkindl Postamt am besten bewährt für den Verkauf.

Ich komme zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Historischer Städteatlas über Steyr

Im Dezember veranstalteten das Ludwig-Boltzmann-Institut und der österr. Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung gemeinsam mit dem Steyrer Kulturamt sowie dem Museum Arbeitswelt den Workshop „Kartenbild und sozialer Raum: Städte im regionalen Vergleich“ in Steyr. Bei dieser Veranstaltung wurde die Stadtmappe Steyr präsentiert. Bearbeitet wurde diese Mappe von der Historikerin Dr. Susanne C. Pils, die im Wiener Stadt- und Landesarchiv beschäftigt ist.

Kernstück des Werkes ist neben einer Beschreibung der Geschichte bzw. Siedlungsentwicklung von Steyr eine sogenannte Wachstumsphasenkarte. Diese Karte wurde gemeinsam mit Ing. Thomas Bodory von der Fachabteilung Altstadterhaltung des Steyrer Magistrates erstellt. Die Wachstumsphasenkarte besteht aus zwei Teilen: einer planlichen Darstellung sowie dem dazugehörigen Text. Neben den Stadtmauern und Stadttoren beinhaltet dieser Plan auch Angaben zu öffentlichen und kirchlichen Gebäuden, einzelnen Bürgerhäusern, den Ansitzen im Umland sowie zu frühindustriellen Produktionsstätten im Wehrgraben. Weiters befinden sich in der Stadtmappe: eine Neuzeichnung des Franziszeischen Katasters 1826, historische Abbildungen von Steyr (1584 und 1649), Pläne zu den Stadtbränden, zur Wirtschaftsstruktur und zum Gebäudezustand nach den Protestantenvertreibungen.

Die Stadtmappe ist in den Steyrer Buchhandlungen oder beim Wiener Stadt- und Landesarchiv erhältlich.

Steyrer Krippen in San Benedetto ausgestellt

Von 21. Dezember bis 6. Jänner war in San Benedetto del Tronto, der italienischen Partnerstadt Steyrs, eine ganz besondere Ausstellung zu bewundern: Im Palazzino Azzurro wurden 80 Krippen aus Steyr und aus der Region um Steyr präsentiert. Zusätzlich begeisterte eine Christbaum-Ausstellung mit traditionellem österreichischen Christbaumschmuck die mehr als 10.000 Besucher.

Eröffnet wurde die Präsentation von Frau Vizebürgermeister Friederike Mach und Herrn Bürgermeister Dr. Domenico Martinelli aus San Benedetto. Der Steyrer Delegation gehörte u. a. auch Tourismus-Direktor Wolfgang Neubaur an, der die Ausstellungsbesucher über die Romantikstadt Steyr informierte. Die Krippenbauer Dr. Karl Mayer aus Garsten und Herr Paul Pfaffenbichler aus Steyr, die die umfangreiche Ausstellung gestaltet hatten, zeigten sich vom Erfolg beim italienischen Publikum begeistert.

Neuer Service bei Veranstaltungen des Kulturamtes:
Bargeldlos bezahlen an der Theaterkasse

Besucher von Veranstaltungen des Kulturamtes konnten die Eintrittskarten bisher nur beim Stadtservice im Rathaus mit einer Kredit- bzw. Bankomatkarte bezahlen. Durch den Ankauf einer transportablen Bankomatkassa kann dieser Service seit Jänner auch in der Dienststelle für Kulturangelegenheiten (Stadtplatz 31) sowie an der Abendkasse der jeweiligen Veranstaltung vor Vorstellungsbeginn angeboten werden.

Magistrat übernimmt Fundamt

Ab 1. Februar wird das Fundamt, für das bisher die Bundespolizeidirektion Steyr zuständig gewesen ist, in der Fachabteilung für Umweltschutz des Magistrates angesiedelt. Das Büro des Fundamtes wird ab diesem Zeitpunkt beim Abfall-Sammelzentrum untergebracht sein.

Die Mitarbeiterinnen des Fundamtes sind unter den Steyrer Telefonnummern 899-711 bzw. 899-719 erreichbar. Die Fundgegenstände kann man während der folgenden Öffnungszeiten abgeben bzw. abholen: Montag bis Freitag jeweils von 8.30 bis 12 Uhr sowie montags, dienstags und donnerstags auch von 13.30 bis 16 Uhr.

Ab 1. Februar werden Reisepässe und Personal-Ausweise vom Magistrat ausgestellt

Für die Ausstellung von gewöhnlichen Reisepässen und Personalausweisen ist ab 1. Februar dieses Jahres der Steyrer Magistrat, und zwar die Fachabteilung für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen zuständig. Die Stadt übernimmt diese Agenden von der Bundespolizeidirektion Steyr.

Das Passamt wird vorläufig im Eingangsbereich des Rathauses im 2. Büro des Stadtservice, eingerichtet. Die Mitarbeiterinnen des Passamtes sind ab 1. Februar unter der Steyrer Telefonnummer 575-535 erreichbar und haben zu den Parteienverkehrszeiten des Rathauses geöffnet, wie vorhin schon beim Fundamt erwähnt.

Reisepässe und Personalausweise kann man unabhängig vom Wohnort beantragen: Die Dokumente werden auch von jeder anderen Passbehörde in Österreich ausgestellt.

Bauarbeiten für Museumssteg laufen bereits

Vor wenigen Tagen wurden die Vorarbeiten für den Neubau des Museumsstegs in Angriff genommen. Wenn das Wetter mitspielt, werden in Kürze die Dammschüttungen durchgeführt. Ab diesem Zeitpunkt ist im Stadtteil Wehrgraben mit verstärktem Lkw-Verkehr zu rechnen.

Der Vorplatz des Museums Arbeitswelt sowie der Fachhochschule ist während der Bauarbeiten nur eingeschränkt benutzbar, Parkplätze stehen in diesem Bereich nicht zur Verfügung.

Der Museumssteg wurde beim Hochwasser aus der Verankerung gerissen und schwer beschädigt. Der Neubau, der nur bei Niedrigwasser der Steyr durchführbar ist, wird voraussichtlich etwa 936.000 Euro kosten.

3000 Euro für bedürftige Steyrer Kinder

Die Organisatorin der jährlichen Weihnachtsausstellung im Schloss Lamberg, Frau Brigitte Gaumberger, veranstaltete auch bei der vergangenen Ausstellung wieder einen Losverkauf zugunsten der Kindersoforthilfe der Stadt. Dieses Geld wird vom Steyrer Jugendamt verwaltet.

Die teilnehmenden Aussteller bei der bereits traditionellen Präsentation „Exklusives aus Kunst und Kunsthandwerk“ hatten für die Verlosung mehr als 350 Preise zur Verfügung gestellt; die Kinder der Aussteller (am meisten Stefanie Gaumberger, die an jedem geöffneten Wochenende im Einsatz gewesen war) hatten mit großem Ehrgeiz die Lose verkauft. Am 20. Jänner übergaben Brigitte Gaumberger und ihre Tochter Stefanie den gesamten Erlös aus dieser Aktion in Höhe von 3.000,--

Euro an die Steyrer Vizebürgermeisterin Friederike Mach.

Mit diesem Geld können wir bedürftigen Steyrer Kindern helfen und ihnen unter anderem Bekleidung, Schulsachen, Bücher usw. kaufen oder die Teilnahme an Schulveranstaltungen ermöglichen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2002 betrug 7,7 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 1,7 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2002 3.213. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 13,1 % (d.s. 372 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 29,2 % (d.s. 726 Personen). Also gewaltige Erhöhungen.

Im Dezember 2002 sind 261 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 33 Stellen mehr sowie gegenüber dem Vorjahr um 167 Stellen weniger.

Das waren die Berichte meinerseits. Ich komme zu Punkt 4), ich bitte um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates.

Ich habe einen Dringlichkeitsantrag vorliegen und werde ihn sofort zur Verlesung bringen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr für die Sitzung des Gemeinderates am 23. Jänner 2003 einen

DRINGLICHKEITSANTRAG

einzubringen:

Das Wirtschaftsnetzwerk Innenstadt Steyr hat mit Schreiben vom 11. November 2002 um eine finanzielle Beteiligung der Stadt Steyr für das Jahr 2003 für verschiedene Aktivitäten gebeten.

So wie im Jahr 2002 sollten verschiedene Veranstaltungen, wie etwa Steyrer Märchenpfad, Steyrer Hochzeitstage, Schau Auto 2002, Fun night 2002, Perchtenlauf, Weihnachtsgewinnspiel, Schmankerlmarkt mit Live Konzerten, ect. durchgeführt werden.

Eine finanzielle Beteiligung der Stadt für das Jahr 2003 wurde mit Hinweis auf den neuen Stadtmarketingmanager abgelehnt. Dieser Stadtmarketingmanager wird seine Tätigkeit wahrscheinlich im Juni dieses Jahres aufnehmen.

Deshalb stellen wir folgenden

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Um wichtige Innenstadtaktivitäten im ersten Halbjahr 2003 in der Steyrer Innenstadt sicher zu stellen, beteiligt sich die Stadt Steyr finanziell an den Innenstadtaktivitäten des Wirtschaftsnetzwerkes im gleichen Verhältnis wie 2002 mit einem Betrag von höchstens Euro 29.000,--. Es gilt die gleiche Vereinbarung, dass die jeweiligen Kosten zu 50 % aus diesem Budget

und zu
50 % von den beteiligten Firmen getragen werden.

Die Koordinierung erfolgt durch das Wirtschaftsnetzwerk Innenstadt und den Magistrat und die beteiligten Abteilungen werden bei den Aktivitäten im Voraus informiert und die Aktivitäten gemeinsam abgestimmt.

Dieser Dringlichkeitsantrag ist vom Großteil der Gemeinderäte unterschrieben.

Gibt es Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil bitte.

GR Ing. Klaus Hoflehner kommt um 14.25 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich dachte schon, dass die Antragsteller hier zuerst einmal über die Dringlichkeit sprechen, weil ich finde es schon etwas mehr als merkwürdig, dass es einen Dringlichkeitsantrag bedarf, dass man Aktivitäten im Bereich Innenplatzmanagement und Stadtplatzmanagement begründen kann. Es war von vornherein klar, dass wir nicht zu einer Beschlussfassung über einen Citymanager kommen, im November, Dezember, und es wäre zeitgerecht genug gewesen, gerade in diesem sehr wichtigen Bereich hier, einen ordentlichen Antrag vorzubereiten wo sich alle finden können. Selbstverständlich muss man dann und wird man dann dafür sein. Aber ich habe heute um 10.30 Uhr einen Antrag von der ÖVP, einen Entwurf, bekommen und habe von der ÖVP seither nichts mehr gehört. Unmittelbar vor Sitzungsbeginn, ich glaube es waren 10 Sekunden bevor hier die Sitzung begonnen hat, hat mir der Kollege Bremm einen Zettel gegeben, dass das jetzt ein gemeinsamer Antrag von allen sein soll. Also, etwas merkwürdig ist die Vorgangsweise schon.

Zur Sache selbst ist natürlich sehr viel zu sagen und ich werde das dann auch im Anschluss, wenn dieser Antrag die Dringlichkeit, so wie ich hoffe, bekommt, das ist wichtig, noch machen, aber es würde mich schon freuen, wenn so ein Antrag nicht der Dringlichkeit bedarf.

GR Stephan Keiler kommt um 14.30 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall.

Ja, im Prinzip bin ich sehr froh, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag mit so großer Mehrheit hier unterschrieben vorliegen haben, weil es ja glaube ich ganz, ganz wichtig ist für Steyr, dass die Aktivitäten am Stadtplatz in entsprechender Form wieder durchgeführt werden können, weil es auch dringend notwendig ist, dass hier etwas gemacht wird.

Zur Sache Stadtmarketingmanager muss man dann ganz klar sagen, von mir war es sicher nicht vorgesehen, dass wir für dieses Suchen eines Stadtmarketingmanagers so lange brauchen. Aber es war einfach notwendig, dass wir entsprechend gewissenhaft und intensiv nach einem geeigneten Manager suchen. Wir haben ihn Gott sie Dank auch gefunden.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer für die Dringlichkeit ist, und das nehme ich an, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen gibt es keine. Einstimmige Annahme der Dringlichkeit. Wir werden diesen Antrag am Schluss der Verhandlungsgegenstände dann behandeln.

Ich gebe meinen Vorsitz an die Vzbgm. Friederike Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um den Verkauf von Dachstein Tourismus AG Aktien. Es gibt dazu ein Angebot des Landes OÖ bezüglich der Übernahme dieser Aktien zum Preis von Euro 530,35. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

1) Zl.6867/46 Dachstein Tourismus AG (DAG) Aktien; Verkauf.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 18. Dezember 2002, wird dem Verkauf von 140 Stück Dachstein Tourismus AG (DAG)-Aktien an das Land Oberösterreich zum Preis von Euro 530,35 zugestimmt.

Die Verrechnung der Einnahmen erfolgt bei der VASSt. 2/914000/080000 (Verkauf von Beteiligungen).

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Umsatzsteuerprüfung 1998 - 2001. Die Umsatzsteuerprüfung wurde durchgeführt und hat einige Mängel ergeben. Es geht hier um eine Nachzahlung von Euro 31.278,16. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen.

2) Fin-106/02 Umsatzsteuerprüfung 1998 - 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Buchhaltung, Kassa, Lohn- und Gehaltsverrechnung werden für das Jahr 2002 Kreditüberschreitungen in Höhe von insgesamt Euro 31.278,16 (ATS 430.396,88) bei den in der Beilage angeführten Haushaltsstellen bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitungen hat durch Mehreinnahmen bei den allg. Deckungsmitteln zu erfolgen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Wer jemals eine Umsatzsteuer- bzw. Betriebsprüfung mitgemacht hat, der weiß davon ein Lied zu singen, dass das äußerst stressig ist. Was mir aber bei diesem Amtsbericht wirklich auffällt sind verschiedene Dinge, die sogar für einen kleinen Buchhalter selbstverständlich sind, die zum Teil die EDV von sich aus bereits vorschlägt im Bezug auf den Prozentsatz der Umsatzsteuer oder die man halt einfach weiß. Es ist mir da aufgefallen der Punkt 4) von der Stadtbücherei, das ist selbstverständlich, dass Bücher mit 10 % und alle anderen Dinge mit 20 % zu versteuern sind, auch bei den Einnahmen. Das sind also wirklich selbstverständliche Dinge. Bei den Dienstwohnungen im Unternehmensbereich genau das Gleiche. Mietzinse sind umsatzsteuerpflichtig. Bei den Vermietungen und Verpachtungen, Punkt 7), ist es selbstverständlich, dass bei gewerblich genützten Objekten eine Umsatzsteuer von 20 % einzuheben ist. Ich meine, das ist so was von klar, das gibt es gar nicht anders. Vorsteuer von Anzahlungen, gibt es nicht, dass man sich die abzieht, das geht nicht. Städtekontakte, für diese Einladungen ist eine Vorsteuer nicht abzugsfähig. Also, es sind da schon verschiedene Dinge drinnen, die so was von selbstverständlich sind und für die man dann auch noch zusätzlich, ich meine, dass man das nachzahlen muss, das ist schon klar, aber dass man dafür noch das riskiert, dass man Säumniszuschläge dazu zahlen muss, das finde ich an und für sich eher unverantwortlich und müsste für denjenigen, der die Buchhaltung macht, einfach selbstverständlich sein. Bei der Niederschrift über die Schlussbesprechung ist mir noch eines aufgefallen, das mir nicht klar ist und vielleicht kann mir das irgendwer erklären, ich weiß es nicht, und zwar: „Die Überlassung der Flächen im

Erdgeschoss des ehemaligen Gaswerkes an das BFI erfolgt bisher unentgeltlich. Ein anteiliger Vorsteuerabzug ist daher zu versagen.“ Ich habe absolut keine Ahnung gehabt, dass dort im Erdgeschoss das BFI drinnen ist. Vielleicht kann man das irgendwie noch klären. Bei den Mietzinsvorauszahlungen wurde bei der Betriebsprüfung 1983 bis 1985 die Vorsteuer ausgewiesen. Ab 1994 hat man das einfach unterlassen. Warum? Kann man das vielleicht auch irgendwo klären?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Es werden ja mehr Buchhalterinnen und Buchhalter unter uns sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Gemeinderätin Reznar, ich glaube, es gibt kaum eine Betriebsprüfung in Steyr, wo diese Prüfer nicht irgendwo etwas finden. Selbstverständlich sind ein paar Sachen dabei, wo sie der Meinung sind, und da gebe ich ihnen auch Recht, eigentlich müsste man das wissen. Aber wie immer sind Fehler auch dazu da, dass man sie kein zweites Mal macht, und sind Fehler auch dazu da, dass man sagt, na ja, man lernt daraus und man wird sich in Zukunft bemühen, diesen Fehler nicht mehr zu machen. Im Übrigen möchte ich dazu ausführen, dass der Betrag, der hier nachzuzahlen ist, ein relativ kleiner Betrag im Verhältnis dazu ist, was wir in Summe an Umsatzsteuer zahlen. Ich bitte auch um Verständnis, dass da der eine oder andere Fehler passiert ist. Das ist so. Der Versäumniszuschlag ist auch in einer Höhe, dass ich sagen muss, wenn wir das gleich bezahlt hätten, hätten wir wahrscheinlich mehr Verluste, als was wir jetzt an Versäumniszuschlag zahlen. Das zu ihren Fragen. Alle anderen Detailfragen, die sie gestellt haben, kann ich von da aus nicht beantworten, da müsste man auf die entsprechende Fachstelle zugehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen. Es sind hier die einzelnen Summen genau aufgeführt. Es gibt auch entsprechende Erhöhungen, so wie jedes Jahr. Das Einzige das mir heute Morgen dazu eingefallen ist war, dass eigentlich in der Zeitung, in den OÖ Nachrichten, ein Bericht war, dass sich das Liberale Forum nicht parteipolitisch oder ideologisch an eine Partei gebunden fühlt. Ich muss daher die Frage stellen, jetzt ist sie leider nicht da, ob sie überhaupt noch bei der Partei ist. Da müsste man auch über diese Frage reden, ob diese Förderungsbeträge gerechtfertigt sind.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Frau Mag. Frech ist leider nicht anwesend. Wünscht jemand das Wort?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, das kann man ja wahrscheinlich klären. Ich bitte um Zustimmung.

3) Ha-7655/91 Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen erhält jede im Gemeinderat vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 2003 über einen durch die jeweilige

Fraktion an den Magistrat der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der nachstehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den für das Rechnungsjahr 2002 festgelegten Ansätzen.

Ein Valorisierung dieser Beträge hat jährlich gemäß dem Verbraucherpreisindex 1986 - nunmehr für das Jahr 2003 - zu erfolgen. Als Ausgangsbasis für die Berechnung der Wertänderung dient die Indexziffer vom Dezember 2000. Die angeführten Beträge verändern sich im selben Ausmaß, in dem die für den Dezember des Jahres 2001 verlautbarte Indexziffer von der für Dezember 2000 verlautbarten Indexziffer abweicht.

Im Einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen Gemeinderatsfraktionen nachstehende Förderungsbeiträge, die zur Vermeidung von unrunder Beträgen kaufmännisch gerundet wurden:

SPÖ

18.833,00 Euro (Sockelbetrag 18.832,59 Euro
31.896,00 Euro (pro Mandat 1.772,46 Euro)
23.922,00 Euro (Fraktionsumlage 1.329,31
Euro pro Mandat)
74.651,00 Euro

FPÖ

18.833,00 Euro (Sockelbetrag 18.832,59 Euro
15.948,00 Euro (pro Mandat 1.772,46 Euro)
11.961,00 Euro (Fraktionsumlage 1.329,31
Euro pro Mandat)
46.742,00 Euro

ÖVP

18.833,00 Euro (Sockelbetrag 18.832,59 Euro
10.632,00 Euro (pro Mandat 1.772,46 Euro)
7.974,00 Euro (Fraktionsumlage 1.329,31
Euro pro Mandat)
37.439,00 Euro

GAL

18.833,00 Euro (Sockelbetrag 18.832,59 Euro
3.544,00 Euro (pro Mandat 1.772,46 Euro)
2.658,00 Euro (Fraktionsumlage 1.329,31
Euro pro Mandat)
25.035,00 Euro

LIF

18.833,00 Euro (Sockelbetrag 18.832,59 Euro
1.772,00 Euro (pro Mandat 1.772,46 Euro)
1.329,00 Euro (Fraktionsumlage 1.329,31
Euro pro Mandat)
21.934,00 Euro

SPÖ 74.651,00 Euro

FPÖ 46.742,00 Euro

ÖVP 37.439,00 Euro

GAL 25.035,00 Euro

LIF 21.934,00 Euro

Gesamtbeitrag 205.801,00 Euro

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jeweiligen Gemeinderatsfraktion, der an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Durch die gegenständliche Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Gemeinderatsfraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre, die aufgrund eines Erlasses des Amts der OÖ Landesregierung jährlich zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von 205.801,00 Euro werden bei der VSt. 1/000000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Europäischen Wissenschaftstage in Steyr 2003. Diese Veranstaltung wird auch bereits zum wiederholten Male durchgeführt.

4) Präs-2/03 Europäische Wissenschaftstage Steyr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund der im Amtsbericht der Magistratsdirektion beinhalteten Darstellung über die Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage in Steyr 2003“ wird ein Subventionsbetrag in Höhe von Euro 75.000,-- genehmigt.

Ein Betrag in Höhe von Euro 72.700,-- ist aus der VSt. 1/289000/757300 freizugeben und Euro 2.300,-- nach der Beschlussfassung des Nachtragsvoranschlages auszusahlen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um das Fernstudienzentrum Steyr, Erhöhung der Kosten für den laufenden Betrieb.

5) Schu-28/97 Fernstudienzentrum Steyr; Erhöhung der Kosten für den laufenden Betrieb.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 7. Jänner 2003 wird dem Fernstudienzentrum Steyr für den gestiegenen Verwaltungs- und Betriebsaufwand eine zusätzliche Subvention in Höhe von Euro 15.000,-- bei der VSt. 1/289000/757100 in Form einer Kreditüberschreitung gewährt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zu Punkt 6), Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2002. Es wurde im November eine Ausschreibung durchgeführt, bei der 23 Institute zur Angebotslegung eingeladen wurden, wovon 12 ein Angebot abgegeben haben.

Aufbauend auf dieser Angebotsauswertung wurden mit den einzelnen Instituten Verhandlungen hinsichtlich Verbesserung der Konditionen und diverser Vertragspunkte geführt, die nachstehendes Ergebnis brachten:

- a) Finanzierung von Wohnbauvorhaben, Bank Austria Creditanstalt AG, CHF-Libor+ 0,05 % / EURIBOR + 0,05 % / Devisenmittelkurs ohne Spanne
- b) Finanzierung von Hochwasserschäden, Bank Austria Creditanstalt AG, CHF-LIBOR+ 0,1 % / EURIBOR +/- 0,0 % / Devisenmittelkurs ohne Spanne
- c) 10-jährige Darlehen, OÖ. Landesbank AG, CHF-LIBOR + 0,12 %, EURIBOR + 0,12 %, Devisenmittelkurs ohne Spanne
- d) 20-jährige Darlehen, Kommunalkredit Austria AG, CHF-LIBOR + 0,14 % / EURIBOR + 0,09 % / Devisenmittelkurs ohne Spanne.

Ich bitte sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

6) Fin-100/01 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 9. Januar 2003, wird folgenden Darlehensaufnahmen zugestimmt:

a) Finanzierung von Wohnbauvorhaben:

Darlehensgeber: Bank Austria Creditanstalt AG

Betrag und Laufzeit: maximal EURO 8.000.000,--
Aufnahme in 4 Jahresteilbeträgen für die Jahre 2002 - 2005
tilgungsfreier Zeitraum von 4 Jahren
Laufzeit 20 Jahre ab Tilgungsbeginn

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,05 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,05 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

b) Finanzierung von Hochwasserschäden:

Darlehensgeber: Bank Austria Creditanstalt AG

Betrag und Laufzeit: maximal EURO 2.000.000,--
Aufnahme in 3 Jahresteilbeträgen für die Jahre 2002 - 2004
tilgungsfreier Zeitraum von 3 Jahren
Laufzeit 20 Jahre ab Tilgungsbeginn

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,01 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von +/- 0,0 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

c) 10-jährige Darlehen:

Darlehensgeber: OÖ. Landesbank AG

Betrag und Laufzeit: maximal EURO 2.100.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,12 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,12 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

d) 20-jährige Darlehen:

Darlehensgeber: Kommunalkredit Austria AG

Betrag und Laufzeit: maximal EURO 8.600.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,14 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,09 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt, die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten bei den Pkt. c) und d) aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, ect.) Teile der mit diesem Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2003 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2003 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen Dispositionen zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kommen zum letzten Punkt, eine Never ending Story aus meiner Sicht. Flächenwidmungsplan Nr. 2.

7) BauGru-660/94 Flächenwidmungsplan Nr. 2.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Flächenwidmungsplanentwurf Nr. 2 wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 7. 11. 2002, korr. mit 3. 12. 2002, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 6. 12. 2002 gemeinsam mit dem überarbeiteten Stadtentwicklungskonzept gem. den §§ 33 und 36 des OÖ Raumordnungsgesetzes LGBl. Nr. 114/93 idGF., beschlossen.

Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Es war ein sehr langes Verfahren, aber aufgrund der Hochwassersituation 2002 mussten einige Themen im Stadtentwicklungskonzept geändert werden, sodass sich dieser neue Flächenwidmungsplan in diesem Fall ergeben hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ja, Herr Bürgermeister, man kann nicht alles hier jetzt auf das Hochwasser schieben, denn die Versagungsgründe die von Seiten des Landes OÖ gekommen sind, sind lange vor dem oberösterreichischen Hochwasser gekommen. Das hat das Land vielleicht vorausgesehen, also hat das Hochwasser auch nur sehr marginal eine Rolle gespielt. Natürlich müssen wir uns auch mit dem Hochwasser auseinandersetzen und das ist schon wichtig und das muss auch einfließen in die Stadtentwicklung, aber das ist ja hier eh nicht passiert mangels eines Ausschusses. Ich meine, man will ja einen Ausschuss zur Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe in Steyr offensichtlich nicht haben, weil besonders hier ist ja auch die Stadtentwicklung gefordert.

Aber zum vorliegenden Flächenwidmungsplan. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es hat wirklich sehr lange gedauert und die Stadt Steyr braucht einen neuen Flächenwidmungsplan. Aber in dieser vorliegenden Form, auch wenn es so lange gedauert hat, wird er nicht meine oder unsere Zustimmung finden. Vorneweg, es hat einen Stadtentwickler gegeben, den Herrn Prof. Breitling, der auch dann 1998 gleichzeitig betraut worden ist mit der Erstellung eines Flächenwidmungsplanes. Was war denn der Hauptvorwurf vom Land OÖ? Nicht von mir, vom Land OÖ. Der Flächenwidmungsplan passt mit dem Stadtentwicklungsplan nicht zusammen, schlicht und einfach. Das war ja das Unbegreifliche daran, dass dieselbe Person es nicht geschafft hat, hier ein einheitliches Papier, was ja den Ausschlag gegeben hat, dass man auch Prof. Breitling damit betraut. Im Detail ist auch dieser Plan und die Werdung dieses Planes wirklich von Pleiten und Pannen verfolgt. Pleiten, Pannen, Absagen, falschen Protokollen, Nichtprotokollen. Wir haben nicht einmal bis heute das letzte wichtige Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses vom November. Das ist bis heute nicht da. Es sollte zumindest bis zur heutigen Sitzung vorliegen, weil man sich ja bezieht darauf. Das dürfte nicht passieren. Ein ganz wesentlicher Punkt, aber ich fange zuerst an bei einigen Details die mir wichtig erscheinen, weil das heute schon, denke ich, der wesentlichste Antrag im GR ist. Das ist das Stadtentwicklungskonzept, der Flächenwidmungsplan, der mittelfristige Finanzplan, das sind die essentiellen Dinge, wo man wieder Jahre leben muss und sich alles richten muss daran. Darum ist das ein extrem wichtiger Antrag und ein paar kleine Details, die aber groß sind, aber im Antrag kleine Details sind, möchte ich schon hervorheben. Da hebe ich hervor, dass die Stadt Steyr, obwohl wir es dringend brauchen, nicht dafür Sorge getroffen hat, im Erstentwurf, für die Westspange Grundstücksvorsorge zu treffen. Das Land muss uns aufmerksam machen. Gleichzeitig hat das Land uns aufmerksam gemacht, dass es hier mit Dietach Probleme gibt, dass wir auch hier keine Grundstücksvorsorge gemacht haben mit der Ost- bzw. Westumfahrung. Das Land hat auch den Punkt massiv kritisiert. Das ist wörtlich ein Ausdruck aus dem Amtsbericht, dass die Stadt Steyr niemals bekannt gegeben hat die überörtlichen Ziele und Festlegungen, die hier hineinkommen sollen und dass wegen schlechter Lesbarkeit des Planes das Entwicklungskonzept nicht nachvollziehbar ist. Also, eine größere Schelte kann man sich gar nicht aussuchen, wenn man das schwarz auf weiß vom Land OÖ bekommt. Ich bin nicht stolz darauf, dass ich Recht bekommen

habe, dass die Personen, die betraut worden sind mit dem Stadtentwicklungskonzept, mit dem Flächenwidmungsplan, das nicht, wie man es so schön auf oberösterreichisch sagt, im Kreuz haben. Sie können es halt nicht. Das haben wir leider bewiesen, dass wir in vielen Punkten auch Gefälligkeitsbestätigungen bekommen haben, gerade aus dieser Ecke. Sie erinnern sich an den Dorningerbach in Gleink. Jetzt auch wiederum aktuell, und das ist der Hauptgrund warum wir nicht hier die Zustimmung geben, weil hier ein absolutes Grünkonzept fehlt, in diesem Flächenwidmungsplan. Dass hier Flächen ausgewiesen werden als Grünraum, der eine Autostraße ist, Zufahrt zum Schloss Voglsang und daneben ein Park umgewandelt werden soll in ein Kerngebiet. Gerade in dieser Zone, wo absolut eine Nullvariante, eine Nullbauvariante notwendig ist, nicht diskutiert werden kann über Höhen und Tiefen und Parkraumzufahrten. Dort braucht Steyr den restlichen Erholungsraum. Es gäbe hier noch sehr, sehr viel zu sagen, jedenfalls hat dieser Flächenwidmungsplan leider nicht die Qualität die er aufgrund der vier-, bald fünfjährigen Dauer verdient hätte und die Stadt Steyr würde auch so einen brauchen. Der Hauptgrund wird sein, hier auch schlussendlich, das haben wir auch in der Vorsitzendenkonferenz damals angekündigt, wo auch einmal eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz, eine Klausur, ich glaube das war am 1. oder 7. Juli letzten Jahres, einfach ohne Angabe von Gründen zu diesem Thema abgesagt worden ist. Das sind lauter so Punkte die hier hereinfließen, wo man sich nicht wirklich beschäftigen wollte, weil das ist wirklich notwendig, dass man sich intensiv beschäftigt mit so einer Materie. Dann ist man an die Fraktionen herantreten und hat alle Fraktionen um schriftliche Stellungnahmen gebeten. Was glauben sie, welche Fraktion keine Stellungnahme abgegeben hat? Die SPÖ. Wahrscheinlich deckt sich die SPÖ-Meinung sowieso mit der Meinung der Beamten. Aber die muss nicht immer die Meinung der Bürger sein für die sie gewählt worden sind. Ich kündige es auch hier und jetzt an: Die Franziskanergründe, das wird noch ein bitteres Feilschen werden und wir werden auch alle demokratischen Mittel ausnützen, um hier diese Grünzone zu erhalten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kollege Pfeil hat natürlich mit seiner Kritik zum Teil Recht. Es ist nicht so, dass wir, und ich glaube das deckt sich fast über alle Fraktionen, der Meinung sind, dass das jetzt der beste und tollste Flächenwidmungsplan ist, und dass wir jetzt für einige Jahre nichts mehr tun brauchen. Das wissen wir leider Gottes auch. Wir wissen aber auch, dass wir absolut im Verzug sind, dass sehr viele, vor allem Bürger von Steyr schon warten auf die Rechtmäßigkeit des Flächenwidmungsplans, weil sie eingeschränkt sind in ihren Bestrebungen sich etwas zu bauen, auszubauen oder etwas zu machen. Es ist daher auch ganz klar, dass wir, auch wenn das beschlossen werden soll heute, sofort daran gehen müssen, weiter zu arbeiten. Sowohl auch am Stadtentwicklungskonzept, wo wir auch gesagt haben das ist jetzt eine Überarbeitung, nur damit sie sich deckt mit den notwendigsten Dingen, aber dass wir jetzt in die Zukunft gerichtet beginnen müssen mit einer Auftragsneuvergabe für die Zukunft zu planen. Wir werden nur aus diesem Grund bitte auch die Zustimmung für diesen Flächenwidmungsplan geben, weil wir glauben, dass es für die Bürger sehr, sehr schlecht wäre, wenn wir diese Entscheidung noch hinauszögern. Wir brauchen, wenn wir uns bitte hier einig sind, trotzdem noch die Zustimmung vom Land und der Fristenlauf muss auch noch gehen, d. h., die müssen eh noch einige Wochen, Monate warten bis sie dann tatsächlich ihre Bauvorhaben fertig bringen. Die berechtigte Kritik vom Kollegen Pfeil glaube ich sollte man aber intern schon zum Anlass nehmen, um zu überlegen, ob die bisherige Vorgangsweise und die bisherige Bearbeitung wirklich die richtige ist oder ob man nicht hier auch Änderungen vorsehen sollte.

Zu dem angesprochenen Projekt Franziskanergründe möchte ich sagen, dass wir am 6. Februar im nächsten Planungsausschuss die Möglichkeit haben darüber zu beraten. Ich bin hier auch konform mit dem Dr. Pfeil. Ich hoffe, dass wenigstens das Protokoll der letzten Sitzung bis zu dieser Sitzung dann zugegangen ist. Ich teile die Ansicht auf die Erhaltung des absoluten Grünlandes hier in diesem

Bereich nicht, weil diese Fläche noch nie der Öffentlichkeit zugänglich war, weil wir daneben die große Fläche des Schlossparks und des Parks vom Schloss Voglsang haben. Ich glaube, dass ein Eigentümer einer Liegenschaft sehr wohl einen Rechtsanspruch darauf hat, wenn die Voraussetzungen vorhanden sind, dass er ein Grundstück auch bebauen darf. Aber wie gesagt, die Beschlussfassung wird hier am 6. Februar passieren. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Jetzt muss ich leider den Herrn StR Mayrhofer korrigieren, diese Fläche war seinerzeit immer eine öffentlich zugängliche Fläche. Dort ist Fußball gespielt worden auch von den Schülern und Zöglingen des Schlosses Voglsang, es war immer ein Spielplatz, er war immer zugänglich und ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nur für die Schüler.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, absolut nicht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es war eingezäunt.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Nein, es war eine öffentlich zugängliche Fläche an der am Nachmittag oder in der Mittagspause die Angestellten der rundumliegenden Geschäfte sogar in der Sonne gelegen sind. Bitte, es war so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gemeldet hat sich der Herr GR Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Eigentlich müsste der Beschluss des Flächenwidmungsplanes ein Grund zum Feiern sein. Wie der Kollege Pfeil und auch der Kollege Mayrhofer schon angesprochen haben, ist der Flächenwidmungsplan an und für sich der Kern aller unserer Entwicklungen in der Stadt und aller unserer Planungen für die Zukunft. Dass dieser Punkt heute so eher wie „Allfälliges“ auf der Tagesordnung behandelt wird, dass wir eigentlich nicht einmal einen Plan vor uns hier hängen haben, dass wir eigentlich auch das Stadtentwicklungskonzept in seiner Endfassung nicht vorliegen haben, ich höre jetzt gerade, dass wir nicht einmal das Protokoll der letzten Sitzung haben, zeigt sehr stark, dass wir alle froh sind, dass wir endlich diesen Flächenwidmungsplan beschließen können, dass wir aber andererseits nicht glücklich sind mit den Ergebnissen die einerseits im Stadtentwicklungskonzept stehen und andererseits zum Teil auch im Flächenwidmungsplan enthalten sind. Ich glaube, und da nehme ich die Anregungen meiner Vorredner auf, dieser Beschluss heute muss der Startschuss sein an diesem Stadtentwicklungskonzept weiterzuarbeiten. Die Grundlagen für dieses Konzept sind Zahlen, die glaube ich 1990 bis 1992 erhoben worden sind, also nicht mehr aktuell sind. Wir brauchen Detailkonzepte vom Freiraum bis zum Verkehr, Überarbeitung des Verkehrskonzepts aber auch andere Konzepte. Ich wünsche mir, dass wir im Ausschuss, und ich hoffe vielleicht schon am 6., obwohl uns gerade die Tagesordnung zugegangen ist, dass wir vielleicht auch darüber diskutieren, wie diese zukünftige Vorgangsweise sein kann. Wir müssen schnell beginnen, da ja alle unsere Planungen der Zukunft darauf aufbauen.

Zum angesprochenen Punkt Franziskaner, teile ich die Meinung vom Kollegen Vzbgm. Dr. Pfeil voll inhaltlich und nicht nur aus den Gründen des Grünraum- und Freiraumschutzes, sondern insbesondere auch was die Verkehrsbelastung und zukünftige Verkehrsbelastung in diesem Bereich betrifft. Da haben wir jetzt schon ein sehr großes Problem und ein Verwaltungsgebäude mit öffentlichen Einrichtungen in dieser Dimension würde in diesem Viertel, wo wir eigentlich in einem

Verkehrskonzept, dass auch in diesem Haus beschlossen, in diesen Räumen beschlossen worden ist, ganz klar sagt, Verkehr raus aus diesem Kernbereich unserer Stadt, sehr viel Verkehr anziehen. Aber zum gegenständlichen Punkt. Es ist wichtig, dass wir endlich diesen Flächenwidmungsplan beschließen, denn es warten sehr viele Menschen in Steyr auf die Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, zu diesen Fragen und zu diesen Anschuldigungen möchte ich natürlich Stellung nehmen. Ich bin selbstverständlich auch nicht glücklich über diese ganze Geschichte die ja im Antrag sehr genau geschildert ist und wo auch sehr viele ich sage einmal Pannen passiert sind, wo die Übereinstimmung zum Teil nicht stattgefunden hat, wo die Übereinstimmung zwischen Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan nicht gestimmt hat, wo es Versagungsgründe gegeben hat, wo sich die ganze Angelegenheit über Jahre hinzieht. Wir sollten in der nächsten Planungsausschusssitzung wirklich auch darüber reden, wie wir uns in Zukunft in dieser Sache besser organisieren und wie wir dieses wichtige Thema doch für die Zukunft wirkungsvoller und effizienter gestalten können. Es liegen natürlich sehr viele Themen schon sehr weit zurück und ich bin froh, dass wir jetzt doch diese Vorgangsweise gewählt haben, dass es keine Versagungsgründe mehr gibt und dass wir alle Themen, die aufgeworfen worden sind, soweit regeln haben können. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? FPÖ und LIF. Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Damit gebe ich den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Frau Vizebürgermeisterin Mach um ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Mein erster Antrag ist nicht der spannende Antrag was in der Zeitung angekündigt worden ist, aber für mich genauso wichtig und wertvoll, das muss ich auch gleich sagen. Da geht es nämlich um den Verein MOHI, um die Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes für das Jahr 2003.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) SH-4/02 Verein „Miteinander - MOHI“;-Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 9. 12. 2001 wird dem Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“, Arbeiterstraße 39, zur Deckung des Aufwandes für den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 2003 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von Euro 45.420,07 (Euro fünfundvierzigtausendvierhundertzwanzig - cent nullsieben)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Produktionsschule Steyr. Wie wir alle wissen ist ja diese seit 18. November mit 32 Jugendlichen in Betrieb. Sie befindet sich derzeit auf 4 Standorten. Die Standorte wurden aber jetzt überprüft, die uns zur Verfügung gestanden sind, und es hat sich erwiesen, dass am günstigsten der WI-Hof im Schlüsselhof ist. Man muss eines bedenken, die Produktionsschule wird ja noch mehrere Teilnehmer bekommen. Damit haben wir aber auch ein Gebäude zur Verfügung, wo wir auch jederzeit erweitern können.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) Fin-215/02 Produktionsschule Steyr, Festlegung des Standortes und Freigabe der Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. Jänner 2003 wird als Standort für die „Produktionsschule Steyr“ der ehemalige städtische Wirtschaftshof im Schlüsselhof festgelegt und dem Kostenbeitrag der Stadt in Höhe von Euro 508.709,-- für Materialkosten und Professionistenarbeiten zugestimmt.

Die im Voranschlag für das Finanzjahr 2003 vorgesehene 1. Rate in Höhe von Euro 250.000,-- wird bei der VSt. 5/228000/777000 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es ist schon ganz interessant, wenn man sich die Akten betreffend der Produktionsschule anschaut, und dieser Akt ist im Laufe der Zeit ja ziemlich angewachsen, nachdem das Ganze begonnen hat am 21. 7. 2000 wo zum ersten Mal aufgetaucht ist, dass es eine Produktionsschule, oder so etwas Ähnliches, in Steyr geben soll. Wir haben von der Frau Vizebürgermeisterin gehört, dass seit 18. November 32 Personen an vier Standorten untergebracht sind. D. h., die Jugendlichen um die es geht in einer Maßnahme drinnen sind, in einer Maßnahme die läuft. D. h., es gibt eigentlich überhaupt keinen Grund, dass wir heute in einer GR-Sitzung, am 23. Jänner, etwas beschließen, wo es um geschätzte Kosten von Euro 1.167.200,-- geht, also nicht irgendwelche Kinkerlitzchen so nebenbei, dass wir das heute hier beschließen. Da gibt es überhaupt keine Notwendigkeit. Es wurde keine Diskussion in irgendeinem Ausschuss darüber geführt. Dieser Amtsbericht ist uns heute, oder halt rechtzeitig, vorgelegt worden, vor 5 Tagen dürften ihn die meisten in ihren GR-Unterlagen gehabt haben, aber es gab keinerlei Sitzung wo wir uns sachpolitisch zu diesem Thema auseinandergesetzt hätten. Nachdem es einige Vorschläge gibt, und das können sie auch dem Amtsbericht entnehmen, dass es ja nicht nur um eine Räumlichkeit beim WI-Hof geht, ob man den WI-Hof nimmt oder andere, sondern auch darum, wie man den WI-Hof revitalisiert und durch welche Maßnahmen und durch welchen Betreiber. Aber wir sollen hier angeblich, so entnehme ich es der Tagesordnung, jetzt über etwas abstimmen, 1.167.200 Euro, ohne dass wir vorher eine sachpolitische Debatte darüber geführt haben. Rein aufgrund eines Amtsberichtes. Noch dazu aufgrund eines Amtsberichtes der schon etwas erstaunlich ist, wenn ich da lese, dass eine Variante mit einem Strich gleich abgetan wird, nämlich die Variante eines Angebotes der Raiffeisenbank der Region Steyr, nämlich dass sich ja im Obergeschoss mietrechtsgeschützte Wohnungen befinden die an drei Mietparteien vermietet sind

und nach den bisherigen Erfahrungen der Stadt würde das Freimachen dieser Wohnungen nicht nur längere Zeit in Anspruch nehmen, sondern auch erhebliche Zusatzkosten mit sich bringen. Ja, das wissen wir aber inzwischen seit glaube ich ungefähr, ja, seit die Diskussion läuft, seit Jahren. Dass wir die Mieter drinnen haben, wissen wir, seit wir sie drinnen haben, aber von der Diskussion der Produktionsschule her schon einige Jahre. Dann lese ich das und mit einem Strich wischt man das weg. Wie man eigentlich mit Leuten, die ein Projekt an die Stadt herantragen, umgeht, ist auch ganz interessant, wenn sie sich das Aktenverzeichnis anschauen. Die Raika hat am 29. 10. einen Brief an den Herrn Bürgermeister geschickt wo also auch dieser Vorschlag dargebracht wird, wie sich die Raika vorstellt ein Kaufangebot zu machen, eine Revitalisierung zu machen usw. und dann wieder etwas zurückmietet an die Stadt. Die haben lt. Aktenverzeichnis bis heute keine Antwort erhalten. 29. 10. 2000, heute haben wir den 23. Jänner. Da ist nicht einmal zurückgeschrieben worden, das wird in den Gremien behandelt oder auch nicht. Nichts. Uns Mandatäre, und das ist schon ganz interessant, ist dieses Angebot überhaupt nicht vorgelegt worden. Das konnte man nur dadurch sehen, dass man sich die Akten angeschaut hat und das war frühestens möglich ab Freitag. Trotzdem wollen sie hier und heute darüber entscheiden. D. h., ich habe eine ganz einfache Bitte und einen ganz einfachen Antrag, „Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung“ und wirklich eine sachpolitische Diskussion darüber zu führen, welches dieser Angebote wir da jetzt in Anspruch nehmen, weil jetzt hier zu entscheiden ist schlichtweg unverantwortlich und es gibt auch keinen Zeitdruck. Die Jugendlichen, um die geht es hier und heute gar nicht bei dieser Diskussion, weil die sind in der Maßnahmen drinnen, die Maßnahme läuft, die sind untergebracht. Also es möge mir heute keiner mit einer Debatte kommen wenn wir da jetzt darüber diskutieren und nicht heute entscheiden dann stehen Jugendliche auf der Straße. Das ist nicht so.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuhörer, es geht heute zwar in erster Linie bei diesem Amtsbericht um den Standort, aber es geht natürlich auch um die Sinnhaftigkeit und um das Projekt insgesamt. Ich glaube, es gibt kein Mitglied dieses Gemeinderates, der sich nicht Sorgen macht um diese Jugendlichen die hier infrage kommen und jeder möchte natürlich auch, dass diese Jugendlichen eine ordentliche Ausbildung erhalten. Es ist aber so, dass ja bereits vor Jahren eigentlich einmal Einstimmigkeit hier in diesem Gemeinderat geherrscht hat über die zukünftige Verwertung dieses Areals. Ich kann mich erinnern, der Kollege Kupfer von der Grün-Fraktion hat sogar in einer dringlichen Anfrage hier wissen wollen, wann endlich dieses Areal verkauft wird. Es ist jahrelang ja daran gescheitert, dass ja dort nicht nur noch Mieter sind, wie die Frau Kollegin Frech richtig erwähnt hat, ich kann mir aber eh nicht vorstellen, dass das ein großes Problem ist, bei dem Leerstand den die GWG noch immer hat. Wir haben auch einmal im Wohnungsausschuss gefragt, wie das aussieht. Also, das ist überhaupt kein Problem, dass man die Mieter dort unterbringt. Auch dein Vorgänger, der Herr StR Oppl, hat sich dahingehend geäußert. Größere Probleme hat es schon gegeben mit der Unterbringung des Magistratssportvereins, wenn man das vielleicht in dem Zusammenhang auch noch einmal sagt. Aber auch hier hätte es schon längst Aktivitäten seitens der Magistratsdirektion, des Bürgermeisters, unserer Meinung nach, geben sollen. Auch hier ist jahrelang eigentlich nichts unternommen worden um diesen untragbaren Zustand der dort herrscht, nämlich mit der Einmietung des Magistratssportvereines, der offensichtlich große Forderungen und Ablöseforderungen an die Stadt stellt und man hier eigentlich bis heute zu keiner Einigung gekommen ist. Übrigens auch, wenn man die Produktionsschule dort beschließt, was ich zwar nicht hoffe, aber wenn das so sein sollte, muss man ja auch dem Magistratssportverein irgendetwas machen. Ich bin schon neugierig, wie das dann über die Bühne gehen soll. Wir haben uns immer gedacht: Nachdem die Stadt, auch wie das Land, viele Millionen Schilling in die Lehrwerkstätte der ehem. Steyr-Daimler-Puch, heute MAN, gesteckt hat, dass man in erster Linie schauen sollte und schauen soll, und es ist ja auch inzwischen tatsächlich eingetreten, Zweigleisigkeiten zu verhindern und die Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, diese Jugendlichen mit den hervorragenden Möglichkeiten, die wir dort bereits vorfinden, sowohl von den Ausbildnern her als auch von der Einrichtung her, wo ja auch ständig investiert

wird, diese Möglichkeit in Betracht ziehen, ob man nicht dort diese Jugendlichen ebenfalls, um natürlich niedrigere Kosten, viel kostengünstiger, unterzubringen. Es ist ja auch derzeit so, der Kollege Bremm wird das bestätigen können, dass ja derzeit Jugendliche, die hier infrage kommen, bereits bei uns im Haus eine Ausbildung genießen. Der Herr Dr. Fröhlich, der zuständig ist für die Lehrlinge bei uns im Werk als auch der Vorstand, der sich auch bereiterklärt hat, hier zusätzlich Investitionen, mit Unterstützung der öffentlichen Hand, auch vornehmen zu können, um dieses Projekt so weit als möglich, es wird immer ein paar Jugendliche geben die aufgrund der Module oder der Ausbildungsbilder bei uns keine Ausbildung mehr haben können, das ist schon ganz klar, aber wir reden ja glaube ich vorerst nur von 32 Jugendlichen, im Verhältnis zu fast 1,3 Mio. Euro, dass der Großteil bei uns, mit dem Willen aller, untergebracht werden kann unter den besten Bedingungen. Hier spielen offensichtlich politische Gründe auch eine Rolle, im Zusammenhang mit dem BFI usw. Ich darf auch hier berichten, dass der zuständige Projektleiter für das BFI, der übrigens ein gebürtiger Steyrer ist, beim ersten Lokalaugenschein im WI-Hof sinngemäß gesagt hat, ja eigentlich ist das eh für uns gar nicht so der geeignete Standort, weil diese uralten Räumlichkeiten, vor allem der ganz alte Teil, vom Umbauen her von uns, also das BFI vor große Probleme stellen wird und man eigentlich von den Räumlichkeiten her eher an etwas anderes gedacht hat als da unten. Aber wenn die Stadt das und die politisch wesentlichen Kräfte das wollen, dann nehmen wir es halt, aber eigentlich haben wir eh selbst etwas besseres. Ich kann ihnen auch sagen, wie dieser Herr heißt, das ist auch ganz interessant in diesem Zusammenhang. Warum er das dann hier im Rathaus so vehement jetzt betreibt ist mir ehrlich gesagt nicht ganz klar. Unsere Fraktion ist auf alle Fälle der Meinung, dass es sinnvollere Verwendung für Steuermittel in dem Ausmaß geben wird, mit demselben Resultat, wenn nicht besser, mit vorhandenen Strukturen und die sollte man auch nützen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Ich muss mich für einen Formalfehler entschuldigen, den werden wir aber jetzt nachholen. Die Frau GR Frech hat die Absetzung des Antrages verlangt und darüber müssen wir jetzt abstimmen.

Wer für die Absetzung dieses Punktes ist, den bitte ich ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt vorher die Möglichkeit der Wortmeldung jeder Fraktion.

PRÄSIDIARDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:

Laut § 19 Abs. 4 gibt es keine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, dann kommen wir zur Abstimmung über die Absetzung dieses Antrages. Wer für die Absetzung dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 15 (6 ÖVP, 8 FPÖ, 1 LIF). Wer ist gegen diese Absetzung? 20 (SPÖ und GAL). Damit ist dieser Antrag ...

PRÄSIDIARDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:

Ich muss es zurücknehmen, es gibt doch eine Wortmeldung, das habe ich übersehen. Entschuldigung bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bei einem Antrag zur Geschäftsordnung haben wir immer noch eine Wortmeldung gehabt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, wer wünscht das Wort? Bitte Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich spreche jetzt nur zur Absetzung. Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke schon, man sollte sich das noch einmal überlegen, die Produktionsschule. Jeder von uns im

Gemeinderat, wie heute schon gesagt worden ist, sieht ein, dass wir hier Nachholbedarf haben, dass hier ein Handlungsbedarf ist. Wir sehen aber nicht ein, dass diese Form gewählt worden ist und dass diese Form nicht gescheit ist. Weder für die Jugendlichen und schon gar nicht für den Steuerzahler. Für die Jugendlichen gibt es bessere Formen, gibt es vorhandene Strukturen und für den Steuerzahler, das kann mir draußen niemand erzählen, wenn man sich das jetzt hochrechnet 1,9 Mio. Euro dividiert durch 32 im ersten Jahr sind ca. 60.000,-- Euro pro Nase.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sind diese Gelder, lieber Herr Kupfer, die notwendig sind das aufzubauen. Schlicht und einfach, weil ansonsten man kann ja den WI-Hof verkaufen, wir müssen ihn ja nicht renovieren. D. h., es muss in dieses Konzept hineinreklamiert werden. Pro Nase 60.000,-- Euro. Da kann man auch am Bildungssektor, pro Nase, sehr viel anfangen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, überlegen sie es sich wirklich. Machen wir etwas Gescheites daraus. Es gelingt uns immer wieder im GR der Stadt Steyr mit einer Mehrheit einfach Blödheiten durchzusetzen. Tun sie es nicht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. ÖVP bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es heute nicht? Es geht also nicht darum, Produktionsschule ja oder nein, sondern es geht darum, wie können wir am besten dieses Ziel erreichen, mit dem geringsten Aufwand an öffentlichen Mitteln das Höchstmögliche zu erreichen. Das ist eigentlich ein wirtschaftlicher Grundsatz und den sollten wir auch hier einhalten, weil es ja nicht unser Geld ist, sondern sehr wohl das Geld der Bürger von Steyr oder auch von Oberösterreich, weil ein Großteil der Investitionen selbstverständlich vom Land OÖ bezahlt wird. Es geht nicht darum, wenn wir heute sagen wir verschieben diesen Antrag, dass dann die Produktionsschule vor dem Aus ist, dass dann die Jugendlichen bitte schön keine Betreuung haben, sondern es geht nur darum, gibt es nicht eine andere, bessere Möglichkeit, wo wir dasselbe erreichen können. Das schon Angesprochene a) die Möglichkeit das dezentral zu machen oder nicht oder aber auch das Angebot von der Raika. Beide haben übrigens keine Rückmeldung bekommen, weil auch der Dr. Fröhlich hat keine Antwort auf das Angebot für die Lehrwerkstätte erhalten. D. h., es geht darum, müssen wir das Geld in die Hand nehmen oder können wir dasselbe erreichen mit einem geringeren Kapitaleinsatz. Da gibt es ein Angebot, das eben erwähnte Angebot von der Raika, was dasselbe ermöglicht, im selben Ausstattungsgrad, aber der öffentlichen Hand mehr als die Hälfte der Mittel erspart, geschätzt, weil wir können ja nur nach wie vor von Schätzungen sprechen, Euro 704.926,-- Ersparnis für die öffentliche Hand, das sind 9,7 Mio. Schilling, beim selben Ergebnis. Jetzt muss ich dem gegenüberstellen, bei dieser Einsparung ist vorgesehen der Verkauf des WI-Hofes, weil wir ja eigentlich alle gesagt haben, das wollen wir machen und wir müssen berücksichtigen, dass wir dann monatlich Miete zahlen müssen. Aber trotzdem bitte, wenn man sich das durchrechnet, ist es die beste und günstigste Lösung. Auf meine Frage im Stadtsenat, ob sich das die Entscheidungsträger, sprich die Mitglieder des Stadtsenates, durchgerechnet haben ob das wirklich die günstigere Variante ist, hat es geheißen, durchgerechnet haben wir es nicht, aber das ist ja logisch, wenn ich ins eigene Haus investiere, dann bleibt das Geld bei mir, dann muss es auch günstiger sein. Da glaube ich schon, dass es gescheit wäre, sich hinzusetzen, nämlich auch von Fachleuten, und das durchrechnen lasse und dann dezidiert unseren Entscheidungsträgern auch zu sagen, aus dem oder jenen Grund und schauen sie her, wir haben einen Vergleich gemacht, und darum ist es das bessere Angebot. Heute ist schon in einem Antrag, vor zwei Tagesordnungspunkten, davon gesprochen worden, ein bisschen sind wir schon verfolgt von Pleiten, Pech und Pannen, weil dieses Projekt, und da sind wir uns alle einig, was wichtig ist für die Jugendlichen, ist von Beginn weg unter keinem guten Stern gestanden. Wir haben ein Lehrbeispiel, wie so etwas bitte nicht gemacht werden soll. Linz hat das anders vorexerziert. Linz hat diese Geschichte, die Produktionsschule, nach dänischem Vorbild

offiziell ausgeschrieben, hat hier den bestmöglichen Betreiber gesucht und ganz offensichtlich gefunden, weil die Zahlen sind wirklich toll, die Vermittlungsquote von fast 85 % ist super und ich glaube im Interesse aller, und der Kapitaleinsatz waren 5,6 Mio. Schilling. Bei uns in Steyr brauchen wir keine Ausschreibung, wir diskutieren auch nicht wirklich darum, ob es bessere Alternativmöglichkeiten gibt, wir investieren fast das Dreifache an den Mitteln, wir werden glaube ich nur nicht das Dreifache wirklich am Ergebnis dafür bekommen. Ich ersuche daher, also wirklich, und ich habe mir erlaubt, auch dieses Angebot der Raika an den LR Fill als zuständigen Referenten zu schicken. Ich glaube, es erübrigt sich fast zu sagen, dass das Land OÖ, Büro Fill, nicht gewusst hat, dass es dieses Anbot der Raika gibt. Ich ersuche allein schon deswegen, weil das jetzt drüben geprüft wird, den Tagesordnungspunkt zurückzunehmen und in Ruhe das zu entscheiden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Na ja, dann stehen wir jetzt wieder da und sitzen und horchen uns das an und es geht in Wahrheit nicht wirklich was weiter. Ich denke mir, was wir jetzt wissen, wissen wir eigentlich schon seit 1997 und 1998, wenn sie sich zurückerinnern meine Damen und Herren im Gemeinderat. Jetzt kommen wir eher in die heiße Phase, die ja noch fest untergefüttert worden ist von der ÖVP, der FPÖ und vom Liberalen Forum. Also wie tun wir jetzt weiter? Ich will jetzt nur zur Absetzung reden. Wenn man sich auf der einen Seite darüber mokiert, dass man über das Projekt nicht redet und wenn man dann redet will man es absetzen damit man da wiederum nicht redet sondern ein anderes Mal, ist das meiner Ansicht nach ja nicht gerade die richtige Vorgangsweise. Ich weiß nicht, warum sich einige Mandatarinnen oder Mandatare da herinnen so wehren. Man braucht sich ja nur den Amtsbericht durchlesen. Ich glaube einfach nicht, dass das stimmt was sie behaupten Herr Stadtrat, dass sie drüben in Linz auf der Landesregierung nicht gewusst haben, dass da die Raika mitbeteiligt ist.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Ja.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja oder nein, was ist jetzt?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sie haben es nicht gewusst.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Auf jeden Fall, es ist schon interessant, irgendwie dürften sie jetzt einen gemeinsamen Feiertag haben, das Liberale Forum, die Freiheitlichen und die ÖVP, welcher der St. Nimmerleinstag sein soll, weil wir haben schon vor einem ½ Jahr darüber geredet und jetzt wollen wir wieder darüber reden, jetzt sollten wir aber doch nicht darüber reden, weil wir noch reden sollten. Das reicht mir jetzt. Also, ziehen wir das heute durch. Meinetwegen sitzen wir bis um 10 Uhr abends, wenn es ihnen recht ist, aber wir sollten darüber reden und jeder soll sich ein bisschen ausarbeiten können. Es geht nämlich um Menschen, die nicht die Gnade haben jeden Tag mit dem Mercedes in die Arbeit fahren zu können und die nicht das Verständnis haben, dass sich da herinnen im Haus niemand einigen kann.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Auf die Wortmeldung des Kollegen Apfelthaler könnte man sehr viel sagen. Ich begnüge mich mit einem Satz: „Polemik, lieber Kurt Apfelthaler, ist noch lange kein Ersatz für Politik.“ Genau dieser Punkt, und das ist mir persönlich sehr wichtig, war der Grund, warum ich diesen Antrag gestellt habe auf Absetzung der Tagesordnung, um hier herinnen nicht eine polemische, demagogische, völlig emotionalisierte Diskussion zu führen, sondern eine Diskussion zu führen, die auf einer sachlichen Ebene basiert. Ich gehe davon aus, dass sicherlich nicht jeder Mandatar die Zeit gehabt hat, sich wirklich ganz intensiv mit diesen Angeboten zu beschäftigen. Sie liegen eben nicht vor seit 5 Jahren, sondern die konnte man sich erst seit Freitag, seit Zustellung der Tagesordnung, dann ist das Wochenende, also sehr viel Zeit bleibt nicht, anschauen. Dass das Büro vom LR Fill das nicht gewusst hat, glaube ich, alleine aufgrund dessen, wenn ich mir das Aktenverzeichnis anschau, und dieses Aktenverzeichnis gehe ich davon aus, dass das ordentliche von Amtsseite geführt wird, dann würde hier ja stehen, Benachrichtigungsschreiben an LR Fill, Übermittlung der Unterlagen usw. Da ist jedenfalls hier nichts zu finden. Eines ist schon ganz interessant, dass man hier anscheinend bereit ist, um deine Worte hier zu gebrauchen, Kurt, was durchzuziehen, wo es um Euro 1.167.200,-- geht, wo eine Reihe von Alternativen vorliegen und man diese Alternativen prüfen sollte. Ich glaube, das ist jedem hier herinnen, der nur ein bisschen etwas mit Wirtschaft zu tun hat, völlig klar, es geht nicht um die Entscheidung Produktionsschule ja oder nein, die ist schon zu einem anderen Zeitpunkt gefällt worden, es geht hier nur darum, wie kann ich dieses Objekt ...

Zwischenruf: Da ward ihr ja auch dagegen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wie kann ich dieses Objekt am besten realisieren.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn sie hier und heute diesem Antrag die Zustimmung geben, ohne eine Prüfung der anderen Alternativen, dann müssen sie sich wirklich vorwerfen lassen, dass sie mit Steuergeldern nicht verantwortlich umgehen, dass sie Projekte nicht prüfen. Ich plädiere noch einmal dafür, nehmen sie sich in einer sachlichen Diskussion die Zeit, unter anderem auch, wo die Raika die Möglichkeit bekommt, ihr Projekt vorzustellen, auch das gab es nicht, und ich glaube, man kann nur über etwas entscheiden, wo man wirklich gut informiert ist.

Stimmen sie dem zu, diesen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen.

Ein Schlusswort gestatten sie mir noch. Es ist schon hoch interessant, wenn man sich unsere Gemeinderatssitzungen anschaut, dass es nicht einmal möglich ist, dass die Geschäftsordnung einigermaßen eingehalten wird und der einfache Mandatar weiß das vielleicht nicht unbedingt, aber ich gehe eigentlich schon davon aus, dass oberste Juristen dieses Hauses das Recht so auslegen, wie es demokratisch ausgelegt werden sollte und nicht zugunsten

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, danke schön, Ruhe bitte.

Wir kommen jetzt noch einmal zur Abstimmung über die Absetzung dieses Punktes. Wer für die Absetzung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 15 - 8 FPÖ, 6 ÖVP u. 1 LIF.

Wer ist dagegen? 20 - SPÖ u. GAL. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir fahren mit der Behandlung dieses Punktes fort. Als nächster hat sich Herr Vizebgm. Gerhard

Bremm zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Presse. Die Debatte, die heute geführt wird, ist schon interessant. Es ist ja nicht das erste Mal, wir haben dazu ja schon viele Stunden verwendet. Eines gefällt mir bei den Freiheitlichen, die sagen halt offen und ehrlich heraus, das ist ein Blödsinn, das sollten wir nicht machen, das ist ja legitim.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, nein!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, Herr Dr. Pfeil, sie haben das ja gesagt. Das ist ein Blödsinn, so ein Blödsinn, das haben sie ja wortwörtlich gesagt, dass man mit Mehrheit so einen Blödsinn beschließt. Sie haben auch im Stadtsenat gesagt, dass das ein Blödsinn ist. Weil in Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es ja gar nicht um den Standort, weil die Debatte will man ja gar nicht führen, man will das ja inhaltlich führen. Die Freiheitlichen sind inhaltlich dagegen, weil es euch in Wirklichkeit egal ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie sind ein Hellseher, Herr Bremm!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Hie und da habe ich eine Eingebung.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wie sie das gesagt haben, ist mir das so eingeschossen. Es ist ja legitim, das ist halt ihre Geisteshaltung, okay. Aber wir sollten die Debatte ehrlicher führen. In Wirklichkeit müssen wir die Debatte führen, denn es geht da um eine immer größer werdende Gruppe von Jugendlichen, die durch den Rost fallen, die keine Möglichkeit haben. Wenn wir die Debatte führen, ob die nicht in der Lehrwerkstätte bei MAN ausgebildet werden können, um die Debatte geht es nicht. Das sind nicht die Jugendlichen, die in der Lehrwerkstätte bei MAN ihre Ausbildung bekommen können, es geht um die Gruppe, die die Voraussetzung nicht mitbringt, die halt vom Schicksal nicht so begünstigt sind, wie viele andere, die keine normale Berufsausbildung bekommen, die halt in ihrer Jugend schon Probleme gehabt haben, die sehr verschiedenartig gelagert sind. Wir wissen ja in Wirklichkeit schon im Kindergartenalter, welche Jugendliche möglicherweise gefährdet sind, in diesen Bereich zu kommen. Heute sagt man halt „verhaltensauffällige Kinder“, früher hat man „verhaltensgestörte Kinder“ gesagt. Das sind diese Jugendlichen, die dann den Sprung in das Berufsleben nicht schaffen, und ich glaube, das ist die Aufgabe der öffentlichen Hand, sich um diese Jugendlichen zu kümmern.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Roman, da bin ich ja bei dir, dass wir große gesellschaftliche Probleme haben, aber so ist es einfach, wir haben sie, ob sich die Eltern darum kümmern oder nicht, wir haben sie. Ich glaube, dass das unsere Aufgabe ist, um diese Gruppe geht es und das ist die Produktionsschule. Die Debatte haben wir ja geführt und jetzt gibt es noch den kleinen Unterschied zwischen ÖVP, Grüne und SPÖ. In Wirklichkeit geht es nur darum, wer dort das Haus haben soll.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ihr meint, wir sollen unser eigenes Haus verkaufen und sollen es dann von der Raika wieder mieten.

Also, da brauche ich kein großartiger Rechner zu sein, dass ich nicht weiß, was unter dem Strich heraus kommt. Da brauche ich kein akademisches Studium, oder Mathematikstudium haben.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist immer die Frage, wie man es sehen will und wie man es darstellen will. Wenn einer dazwischen eingeschaltet ist, dann kannst du auf alle Fälle davon ausgehen, dass da etwas haften bleibt, weil aus sozialen Überlegungen will die Raika das nicht machen, dass sie jetzt sagt, sie wollen da bei der Produktionsschule mitfinanzieren, die wollen da nicht mitfinanzieren. Es geht immer darum, wie man das Projekt sieht und das ist ja auch ausführlich erläutert.

Ich glaube, dass wir da heute einfach den Beschluss zu fassen haben, dass wir die Debatte nicht endlos führen können, sondern dass es dringend notwendig ist - und da sind sich alle Experten darüber einig, inklusive dem Land Oberösterreich, dass die derzeitige Lösung, dass man die Jugendlichen auf vier Standorten verteilt, dass das eine äußerst unzufriedenstellende Lösung ist und dass die ganze Konzeption dieser Produktionsschule stark darunter leidet. Die gehören zusammen geführt, aber da sind wir eh beieinander, in einem Haus wollen wir sie eh alle haben, nur ihr wollt die Raika dazwischen geschaltet haben und wir meinen, aus dem Konzept heraus, wie das auch weiter geführt wird, Erweiterungsmöglichkeiten udgl. ist es vernünftig, wenn wir uns das Haus behalten und auch adaptieren.

Und mit dem Geld - Frau Frech, lesen sie sich den Antrag ordentlich durch, wir beschließen heute nicht 1,2 Mio. Euro.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Analog schon!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, nicht einmal analog. Wir reden von einem Kostenbeitrag der Stadt Steyr von Euro 508.000,--. Das ist der Kostenbeitrag als Maximalgröße gesehen. Den anderen Betrag zahlt nämlich das Land Oberösterreich dazu und das ist mit dem Landesrat ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch Steuerzahler!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja, aber das ist mit dem Land Oberösterreich abgestimmt und das Land zahlt das dazu. Sie tun immer so, wie wenn wir das als Stadt Steyr zahlen würden. Das ist zwischen dem Land und der Stadt Steyr aufgeteilt. Eines muss man zu den Euro 508.000,-- sagen, die wir als Maximalsumme dort möglicherweise investieren, damit wird ja auch der Wert unseres Hauses dementsprechend gehoben. Es ist ja nicht so, dass wir das Geld dort in irgendwelche Blödsinnigkeiten investieren, sondern das ist für Sanierungen und Adaptierung des Gebäudes und das bekommt dann auch einen dementsprechenden Wert. Sollte irgendwann einmal, zu irgendeinem Zeitpunkt, so wie der Apfelthaler Kurt gesagt hat, vielleicht doch euer Feiertag einmal eintreten, dann kann man sich ja überlegen, dass wir es am Nimmerleinstag mit einem höheren Wert verkaufen. Jetzt gibt es überhaupt keine Veranlassung, das Haus zu verkaufen und das dann zurück zu mieten, was dann die Stadt Steyr zu zahlen hat.

Ich würde da wirklich im Interesse der Jugendlichen ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, damit wir mit diesem Projekt auch vernünftig vorankommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Was wir heute hier erleben - und das hat sich ja schon in den letzten Tagen in der Presse abgezeichnet - ist meines

Erachtens der Beginn eines Wahlkampfes, der mit Mitteln geführt wird, die ich mir ehrlich gesagt nicht wünsche, weil es auf dem Rücken von Personen passiert, die nichts dafür können. Der Kollege Vizebgm. Bremm war der Erste, der sich heute inhaltlich zur Thematik Produktionsschule vom Konzept her geäußert hat, um was es eigentlich auch geht. Alle Vorredner vorher, sind mit diversesten Argumenten gekommen, auf die ich auch noch eingehen werde, aber es hat keiner darüber gesprochen, wie wichtig diese Produktionsschule eigentlich ist. Wie wichtig der ÖVP, der FPÖ und dem Liberalen Forum diese Produktionsschule ist, kann man dem Protokoll entnehmen, das uns heute zugegangen ist. Ein glücklicher Zeitpunkt, weil da kann man nämlich nachlesen, wie vor einem halben Jahr - oder ein bisschen länger - im Gemeinderat darüber diskutiert worden ist, wie die Meinung damals war und heute erleben wir eine Fortsetzung dieser Diskussion, wo es einfach nur darum geht, wie der Kollege gesagt hat, dass wir diese Geschichte solange verzögern, dass es halt ein gutes Thema für den Wahlkampf ist. Es haben sich scheinbar einige in diesem Raum sehr stark mit Akten befasst und haben nachgeschaut, ob jetzt ein Brief an den Landesrat geschickt worden ist.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sie haben nicht nachgefragt, ob der Herr Bürgermeister dazwischen vielleicht einmal mit dem Landesrat gesprochen hat, weil man kommuniziert ja nicht nur über Briefe, vielleicht auch über das direkte Gespräch. Man hat sich nicht informiert, ob es Begehungen gegeben hat, ob man mit den Projektbetreibern gesprochen hat, es hat keinen interessiert. Es hat auch keinen interessiert, dass man auf die aktuellen Arbeitslosenzahlen eingeht, dass jemand einmal sagt, dass in Steyr derzeit 573 Jugendliche arbeitslos sind. Es hat keiner gesagt, wie wir mit diesen Jugendlichen sonst arbeiten sollen, wie man versuchen soll, für die wieder eine Beschäftigung zu bekommen, das hat keinen interessiert, um das ist es nicht gegangen. Es hat sich keiner bei den Projektbetreibern gerührt und hat sich einmal angeschaut, wie die denn derzeit arbeiten, wo sie arbeiten, wie denn das Konzept funktioniert, ob die Jugendlichen zufrieden sind, ob die Eltern, die Verwandten zufrieden sind, ob die Mitarbeiter in der Produktionsschule zufrieden sind, wie die Arbeiten vor sich gehen. Ich kann ihnen berichten, ich habe das gemacht und ich kann ihnen auch berichten, die Produktionsschule läuft hervorragend an. Es ist heute schon gesagt worden, das ist ein Blödsinn und das funktioniert nur in Linz, in Steyr machen die ein ganz anderes Konzept, das hätte ausgeschrieben werden müssen. In Linz ist es natürlich genauso wenig ausgeschrieben worden. Sehr interessant ist auch, das habe ich mir heute vom Arbeitsamt zukommen lassen, wie auf Landesebene über die Produktionsschule gedacht wird. Da gibt es einen Plan und ein Gremium auf Landesebene, und in diesem Gremium sitzt interessanterweise nicht nur das AMS, nicht nur die Arbeiterkammer, nicht nur der ÖGB, sondern da sitzt auch die Industriellenvereinigung, da sitzt auch die Wirtschaftskammer. Es trifft auch genau das zu, was ich vor einem halben Jahr schon gesagt habe, in Steyr gibt es Leute, die können nicht über den Tellerrand hinaus schauen, die reden nicht einmal mit den eigenen Leuten in Linz. Weil ein Landerat Fill, ein Landeshauptmann Pühringer hat bereits im Dezember beschlossen, dass es eine Produktionsschule nach dem Konzept, wie es eingereicht worden ist, in Steyr gibt. Das interessiert keinen, wir ziehen da die Diskussion ein bisschen in die Länge und reden über den Standort, weil das Konzept haben wir eh schon vor einem halben Jahr schlecht gemacht. Wenn wir über den Standort reden, dann müssten wir eigentlich auch einmal mit der Raika reden. Das habe ich auch gemacht und wer sich erinnern kann, wer damals im Ausschuss gesessen ist, wie wir die Angebote über den Verkauf der Liegenschaft diskutiert haben, da war ganz klar, die Raika ist an dem alten Gebäude nicht wirklich interessiert. Da ist nicht viel heraus zu holen. Interessant sind die Flächen rundherum, sind die Restflächen und diese Flächen, meine lieben Damen und Herren, die sind nach wie vor zu veräußern, die haben wir nach wie vor, da können wir nach wie vor ein Geschäft daraus machen. Das zeigt eindeutig, um was es da geht und es ist wirklich schade, dass wir die Diskussion auf dem Niveau führen, mit dieser Polemik und wie gesagt, auf dem Rücken der Jugendlichen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

So, das war jetzt ein Lehrbeispiel, wie lenke ich wirklich vom Verhandlungsgegenstand ab, was mache ich, damit ja niemand zu sehr nachfragt, warum es eigentlich wirklich geht, was wir heute eigentlich beschließen sollten. Noch einmal, von mir aus sagen wir es heute noch zwanzigmal, es geht heute nicht um die Produktionsschule, es geht nicht darum, ob irgendein Jugendlicher auf der Straße steht oder nicht, sondern es geht darum, wie gehen wir verantwortungsvoll mit den Geldern, mit den öffentlichen Geldern um. Darum geht es heute und um sonst überhaupt nichts. Jetzt möchte ich schon einmal die Frage stellen, warum - vielleicht kann mir das heute jemand beantworten - warum ist dieses Projekt kein einziges Mal in irgendeinem Ausschuss behandelt worden? In keinem einzigen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Weil wir es eh überall anders diskutiert haben!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Damit ich ja nicht zuviel diskutieren muss, geben wir es in den Gemeinderat und fahren mit der Mehrheit drüber, ganz offensichtlich geht es darum. Es ist lange genug bekannt gewesen, alle Vorredner haben mir bestätigt, dass sich das jetzt schon sehr lange durchzieht und kein einziges Mal in irgendeinem Ausschuss behandelt worden ist. Wenn der Kollege Bremm hier heraußen steht, dann bestätigt er eigentlich genau das, was wir gesagt haben. Er hat gesagt, da brauche ich ja eigentlich gar nicht rechnen. Das heißt, haben sie, lieber Kollege Bremm, das durchgerechnet? Haben sie für sich selbst befunden, aufgrund der Sachlage, aufgrund der Zahlen und Fakten, dass es günstiger ist, oder glauben und vermuten sie das? Wenn nicht, wer hat das bitte dann durchgerechnet, kann man uns das vielleicht vorlegen, wenn man es schon nicht in einen Ausschuss geben will, kann man es uns vielleicht heute vorlegen, oder müssen wir wieder aus dem Gefühl, aus dem Bauch heraus entscheiden - wie haben sie so schön gesagt, wenn einer dazwischen geschaltet ist, dann muss was kleben bleiben - oder wir folgen wieder einer Eingebung. Ich möchte bitte nicht einer Eingebung folgen, sondern ich möchte Zahlen und Fakten da haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Präsidiums des Gemeinderates, werte Gäste, geschätzte Presse.

Es ist ein Drama, denn offensichtlich sind wir zu blöd, da herinnen sachpolitisch zu diskutieren, weil dann müssen wir es in einen Ausschuss geben. Das kann man nämlich angeblich im Gemeinderat nicht, wenn ich die Aussage der Frau Kollegin Frech hier wörtlich umsetze, wie sie es gesagt hat. Man müsste es nämlich jetzt von der Tagesordnung absetzen, um sachpolitisch diskutieren zu können, denn das kann der Gemeinderat offensichtlich nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das haben wir ja gerade eben erlebt.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja, das haben sie selber gesagt und es ist offensichtlich ihre persönliche Meinung, dass alle, die bis jetzt hier heraußen gestanden sind, in Wirklichkeit nicht sachpolitisch diskutieren, weil es eh keiner versteht, außer sie wahrscheinlich. Das heißt, in Wirklichkeit titulieren sie dieses Gremium offensichtlich als Kasperltheater, denn wenn sie sich eh nicht sachpolitisch und sachlich unterhalten, dann bräuchten wir es in Wirklichkeit nicht.

Gegen das verwehre ich mich und daher bin ich sehr froh, dass wir hier über das diskutieren, denn ich glaube, wir sollten wirklich auf das kommen, worum es geht. Der Herr Stadtrat Mayrhofer hat ja ganz klar gesagt, es geht um den Standort, denn über die Produktionsschule brauchen wir ja Gott sei Dank nicht mehr diskutieren, die haben wir ja schon beschlossen. Da habt ihr euch eh durch Feigheit entzogen, indem ihr den Saal verlassen habt, denn sonst hättet ihr ja dagegen stimmen müssen und

könntet heute nicht sagen, in Wirklichkeit sind eh alle dafür. Ihr habt ja alle - und das steht in dem Protokoll ja ganz eindeutig drinnen - dass die freiheitliche Fraktion, die ÖVP-Fraktion und das liberale Forum den Saal verlassen haben, damit sie nicht abstimmen müssen, denn dann kann man draußen in der Presse ja leicht sagen, in Wirklichkeit sind wir eh alle dafür, aber wir waren es in Wirklichkeit nicht, weil wir ja draußen gestanden sind, man hat ja nicht gewusst, über was hier abgestimmt wird.

Also brauchen wir ja Gott sei Dank über das inhaltliche Thema, die Produktionsschule, nicht mehr abstimmen, denn das haben wir ja für euch - wissend um die Problematik dieser Jugendlichen - schon erledigt. Also darüber braucht ihr euch keine großartigen Sorgen mehr machen, es gibt den Schuldigen, der dafür verantwortlich ist, dass hier Geld ausgegeben wird, und das sind die SPÖ-Fraktion und die Grünen. Jetzt hätte ich schon gleich pathetisch gesagt, Gott schütze sie, aber das habe ich mir jetzt verkniffen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Grünen, oder was?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ja, wie sie es sehen wollen, Herr Dr. Pfeil, sie wissen es ja meistens eh besser, wie es geht. Es geht also hier definitiv um Euro 508.709,--, so wie es im Antrag drinnen steht und diese Euro 508.709,-- sind der Beitrag der Stadt für die Errichtung der Produktionsschule am Standort Wirtschaftshof. Jetzt ist für mich schon sehr verwunderlich, dass offensichtlich der Herr Landesrat Fill nichts weiß, denn komischerweise waren Mitarbeiter seines Büros da und haben sich das angeschaut. Die haben auch dezidiert etwas dazu gesagt, denn das steht auch in diesem Amtsbericht und jeder der lesen kann, der möge sich die Seite 3 des Amtsberichtes aufschlagen und da hat es eine Begehung über die möglichen Standorte für die Produktionsschule Steyr gegeben, mit dem für diesen Bereich zuständigen Mitarbeiter aus dem Büro des Landesrates Fill und der sagt komischerweise ganz was interessantes:

„Investitionen in das Privateigentum dritter“ - von wegen rechnen können usw. - „wie das bei allen anderen Varianten der Fall sein müsste, wurde unter anderem auch vom Büro des Landesrates Fill als kritisch beurteilt.“

Also, jetzt frage ich mich dann, warum er offensichtlich nichts davon gewusst hat, wenn es auf der anderen Seite vom Büro als sehr kritisch beurteilt wird, dass man in das Privateigentum dritter investiert.

Also, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich ersuche sie ganz einfach mit der nötigen Umsicht diesem Antrag zuzustimmen und letztlich wird es so sein, dass die Verantwortung die selben beiden Fraktionen übernehmen, die es vorher auch für die Produktionsschule getan haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe mir das heute eigentlich auch nicht anders erwartet. Es wird nur mehr über das Gebäude gesprochen, es war aber die selbe Debatte über die Produktionsschule, dass sie überhaupt in Betrieb geht. Ich möchte das schon noch einmal feststellen, dass eigentlich alle von den anderen Fraktionen, außer der SPÖ und den Grünen, gegen die Inbetriebnahme waren, Herr Mayrhofer, sie haben damals gesagt - ich habe leider das Protokoll noch nicht - aber sie haben damals gesagt, es ist ein Wahnsinn, in Linz läuft das anders ab, das kostet ein Vermögen. Ich glaube, wenn man heute zugehört hat, dann war das irgendwie anders. Heute ist das gut, dass die Produktionsschule einmal läuft, weil man es vielleicht mit der Zeit einmal eingesehen hat, es war ja ein halbes Jahr Zeit, dass man gesagt hat, die Jugendlichen werden immer mehr, wo man etwas machen muss, die man von der Wirtschaftskammer alleine nicht vermitteln kann, weil die Betriebe sie nicht nehmen, also brauchen die Hilfe und Unterstützung. Das hat man vielleicht jetzt nach einem halben Jahr eingesehen, dass es gut ist, dass es eine Produktionsschule gibt, wo die Möglichkeit da ist, dass sich jeder Jugendliche festigen kann und vielleicht dann trotzdem ins Berufsleben einsteigen kann. Weil dass 80 bis 90 % vermittelt worden sind, das habe ich bitte im

September in dieser Sitzung bereits gesagt, weil ich die Unterlagen vom Landesrat Fill gehabt habe, wo das genau drinnen gestanden ist. Heute ist das ja alles in Ordnung, ich bin eh froh darüber und genauso wird es mit dem Wirtschaftshof sein, denn ich werde nicht ein Gebäude, das mir gehört, verkaufen, dann miete ich mich ein und dann sehe ich, dass wir vielleicht noch mehr Plätze und Räumlichkeiten brauchen, dann muss ich schauen dass ich wieder andere Sachen bekomme. Die Raika hätte ja nur einen Trakt zur Verfügung gestellt. Es sind Mietwohnungen drinnen und ich trage denen nicht vielleicht noch goldene Löffel nach, nur dass sie raus gehen, denn das sind drei Mieterschutzwohnungen. Man hat sich schon informiert und drei Mieterschutzwohnungen bekommt man nicht hinaus. Es war der Leiter der Produktionsschule vom BFI dabei und der hat gesagt, diese Räumlichkeiten passen nicht. Ich habe das auch das erste Mal gehört, dass er gesagt hat, der Wirtschaftshof ist für ihn nicht geeignet. Im Gegenteil, sie haben gesagt, das beste Gebäude wäre der Wirtschaftshof, darum ist es vonseiten der Stadt noch überprüft worden. Ich bin trotzdem der Meinung, dass der Wirtschaftshof Möglichkeiten zur Erweiterung hergibt und wenn ich heute ein Dach mit Steuergeld saniere, dann gebe ich das nicht der Produktionsschule, denn das brauche ich, damit es nicht hereinregnet, das hätten wir auch gebraucht. Für einen Gotteslohn wird es uns die Raika nicht geben, und dass sie Verwendungszwecke für das Gebäude sucht, muss uns wirtschaftlich auch bewusst sein, weil ich glaube, so wirtschaftlich undenkend sind wir auch nicht.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Mayrhofer, die werden uns nichts schenken und eines muss ich sagen, ich habe mit der Raika gesprochen und der hat natürlich gesagt, er sieht das auch ein, dass das zweckmäßiger ist, wenn wir uns das selber behalten.

Ich habe mich auch informiert und habe ihm das mitgeteilt. Ich habe gesagt, wenn wir mehr brauchen, wenn die Jugendlichen in der Produktionsschule mehr werden, dann werden wir die Räumlichkeiten nicht mehr haben. Er hat gesagt, dass er auch meine Meinung versteht, dass es besser ist, wenn wir uns das Gebäude selber behalten. Das war diese Woche, wo ich mit ihm gesprochen habe. Also, es ist nicht so, dass alles nur im Raum gestanden ist und wir keine Ahnung gehabt haben, weil wir sind da vielleicht ein bisschen bescheuert, wir begreifen das wirtschaftlich nicht, wir kennen uns nicht aus und rechnen können wir auch nicht, also wir sind auch schon lange genug auf der Welt, dass wir nicht von gestern sind, dass wir das ein bisschen mitbekommen was geschieht. Ich glaube, in einem halben Jahr werden wir wieder so weit sein, dass es heißt, Gott sei Dank haben wir den Wirtschaftshof, haben ihn umgebaut und schön ist er geworden. Bei der Eröffnung werden dann alle sagen, Gott sei Dank haben wir das Projekt genommen. Ich danke und ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und GAL. Wer ist dagegen? 6 FPÖ (GR Toman, GR Payrleithner, GR Fürweger, GR Reznar, GR Ing. Hoflehner, GR Fröhlich). Stimmenthaltung? 9 (6 ÖVP, 1 LIF, 2 FPÖ - Vizebgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl).

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Berichterstatterin und ersuche den nächsten Berichterstatter, Herrn Vizebgm. Gerhard Bremm um seine Ausführung.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Antrag wird ja relativ kurz sein.

Es geht um die Sanierung des Gebäudes bei der Zwischenbrücke, wo die Naturfreunde und unser öffentliches WC untergebracht sind. Es ist hier ein doch beachtlicher Schaden aufgetreten.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

10) GHJ2-69/02 Sanierung nach Hochwasser am 12.08.2002 - Zwischenbrücken 2 (Naturfreunde).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 14. 10. 2002 wird einer Kreditüberschreitung zur Behebung des Hochwasserschadens am Objekt, Zwischenbrücken 2, im Ausmaß von €54.800,-- exkl. USt. (vierundfünfzigtausendachthundert) bei der VA-Stelle 1/853000/614000 (Geschäftsgebäude - Instandhaltung von Gebäuden)

sowie den Auftragsvergaben an die

Fa. Alpine, Steyr - Baumeisterarbeiten (€31.646,93 exkl. USt.)
Fa. Wandrack, Neuzeug - Bodenlegearbeiten (€3.100,-- exkl. USt.)
Fa. Wandrack, Neuzeug - Malerarbeiten (€3.300,-- exkl. USt.)
Fa. Fliesen Markt, Steyr - Fliesenlegerarbeiten (€2.800,-- exkl. USt.)
Fa. Staudinger, Steyr - Tischlerarbeiten (€1.500,-- exkl. USt.)
Fa. Klausriegler, Steyr - Installateur (€2.200,-- exkl. USt.)
Fa. Mitterhuemer, Steyr - Elektroarbeiten (€9.200,-- exkl. USt.)
zugestimmt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung in der Höhe von €54.800,-- hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs.5 der Magistrat zum sofortigen

Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche den Gemeinderat, dieser Sanierung und der Freigabe dieser Mittel die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

PAUSE VON 16.00 UHR BIS 16.40 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine Damen und Herren, wir fahren mit unserer Gemeinderatssitzung fort. Ich ersuche Herrn StR Mayrhofer um seine Berichterstattung.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der erste Antrag bezieht sich auf einen Grundsatzbeschluss für die Übertragung von Mitteln unter der Voranschlagsstelle Neugestaltung Stadtplatz. Hier geht es darum, die nicht verbrauchten Mitteln, die im Jahr 2002 vorgesehen waren, zu übertragen, damit sie nicht verloren gehen.

Es ist, und das möchte ich erwähnen, hier kein Beschluss für eine bestimmte Maßnahme, sondern eine Sicherung und Übertragung der Mitteln.

Es ist in der Zwischenzeit, vor wenigen Tagen, eine Einladung an einen größeren Personenkreis ergangen, die aufgerufen wurden, eine Arbeitsgruppe zu bilden und Vertreter der jeweiligen Interessensgruppierungen zu wählen.

Ich darf hier berichten, dass ich in Absprache mit dem Herrn Bürgermeister Forstenlechner diesen Termin verschoben habe, dass das nicht mehr in den Semesterferien stattfindet, sondern Anfang März, ich glaube wir haben jetzt den 6. März als Termin fixiert und dass auch, weil man davon ausgegangen ist, dass bei den Interessensgruppierungen vorhandene Strukturen sind, die eine Wahl ermöglichen, dass wir - nachdem das nicht bei allen Gruppierungen der Fall ist - die Möglichkeit bieten, die einzelnen Gruppen einzuladen, um hier die Vertreter für die jeweiligen Gruppierungen zu

finden. Weiters auch - das ist natürlich auch eine Diskussionsgrundlage - in welchen Verhältnis die einzelnen Vertreter aufgrund ihrer Stärke oder Gewichtung zu finden sind, da sind wir also offen. Diese Einladung ist nicht akkordiert gewesen - im Bedürfnis des handelnden Beamten passiert, dass er möglichst schnell etwas macht und weiterbringt. Das heißt, hier werden Änderungen vorgenommen.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

11) BauStr-12/02 Neugestaltung Stadtplatz; Grundsatzbeschluss

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. November 2002 wird der Herbeiführung des Grundsatzbeschlusses über die Neugestaltung des Stadtplatzes, restlich verbleibende Mittel EURO 59.700,-- zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von Euro 59.700,-- sind bei der VSt. 5/612000/002360 „Straßenbau Stadtplatz - Neugestaltung“ vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EURO 59.700,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist offensichtlich nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt geht um die Kanalisation Steyr und zwar von verschiedenen Kanälen, um eine Auftragsverlängerung und damit auch eine Kostenüberschreitung.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

12) BauT-6/01 ff Kanalisation Stadt Steyr; Antrag um Auftragsverlängerung u. Mittelfreigabe für

A) Kanäle Tabor - Taschlried

B) NK Arnhalmweg

C) NK Feldstraße - Auswechslung Drosselstrecke

D) Seitenstettnerstraße - Kleinramingerstraße

E) NK Neubaustraße

F) Bauleitung und Bauarbeitenkoordination gem. BauKG Pkt. A-E;

Endabrechnung der Bauarbeiten u. Bauaufsicht; Zustimmung Nachtragsangebot

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Jänner 2003 wird der nachträglichen Auftragsverlängerung an die Fa. Gerstl, Kalkofenstraße 25, 4600 Wels, für die Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Sanierungsarbeiten zur Herstellung der Kanalisation Tabor - Taschlried, NK Arnhalmweg, NK Feldstraße, Seitenstettnerstraße - Kleinramingerstraße und des NK Neubaustraße von EUR 360.598,46 exkl. MWSt. um EUR 30.415,55 exkl. MWSt. auf EUR 391.014,01 exkl. MWSt. (Kosten laut Nachtragsangebot vom 05.06.2002 sind in der Auftragsverlängerung enthalten) zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist im VA und NVA 2002 ein Betrag in Höhe von EUR 42.333,-- exkl. MWSt. vorgesehen, der noch erforderliche Restbetrag in Höhe von EUR 10.021,-- exkl. MWSt. wird für das Rechnungsjahr 2002 mittels Kreditübertragungen (siehe beiliegende Tabelle) von VSt. 5/851000/004550 (Kanal Neuschönau) bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 10.021,-- - exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung?
Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hier geht es um die Abbiegespur bei der Bezirksbauernkammer, die unter der Voranschlagstelle City-Point, Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten ist. Zur Erinnerung, hier geht es um die Rechtseinfädelspur Richtung Garsten, damit erhöht man die Durchlässigkeit dieses Knotens beim City-Point und bedeutet eine gewaltige Verbesserung der Bequemlichkeit und der höheren Frequenz für die Verkehrsteilnehmer.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

13) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten sowie Pflasterungsarbeiten samt Granitsteinlieferung; Auftragsweiterung Abbiegespur; Ampelanpassung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 13. Dezember 2002 wird der Vergabe und Auftragsweiterung für die Sanierung und Errichtung der Abbiegespur im Bereich der Krzlg. Tomitzstraße - Werndlstraße im Zuge des Auftrages City-Point Steyr, wie folgt zugestimmt:

1. Bauarbeiten:

Fa. Auinger KG, Ardagger EUR 68.800,-- inkl. MWSt.

2. Statik für Durchlass:

ZT Suchy, Steyr EUR 3.000,-- inkl. MWSt.

3. Eigenleistungen kommunale Dienste EUR 1.000,-- inkl. MWSt.

Gesamt: EUR 72.800,-- inkl. MWSt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 72.800,-- inkl. MWSt. sind bei VSt. 5/61200/002590 „Straßenbau City-Point“ vorhanden und werden hiemit freigegeben.

Zur erforderlichen Anpassung der Ampelanlage sind bei VSt. 5/640000/771000

„Kapitaltransferzahlungen an Länder“ EUR 14.600,-- vorgesehen und werden hiemit freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 87.400,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden

Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Tagesordnungspunkt, Kanalisation im Stadtteil Weinzierl, die 2. Ausbaustufe.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

14) BauT-14/02 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Stadtteil Weinzierl, 2. Ausbaustufe; Vergabe und Mittelfreigabe der Bauarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Jänner 2003 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten zur Herstellung und Verbesserung der Kanalisation Weinzierl NS F III/1A, 2. Ausbaustufe, an die Fa. Weber BauKG, 4150 Rohrbach, Bahnhofstraße 50, zum Preis von EUR 229.042,02 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel sind bei VSt. 5/851000/004530 „Kanalbau Einzugsgebiet F I - F III“ in Höhe von EUR 230.000,-- exkl. MWSt. vorgesehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWS beim Amt der OÖ Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist für das Jahr 2003 eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 230.000,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Punkt betrifft ebenfalls die Kanalisation Steyrdorf, betrifft aber hier den Bereich Wehrgraben von St. Anna hinauf, unter der Voralpenstraße durch, bis ungefähr Gärtnerei Hofstetter. Diese Voralpenbundesstraße wird nicht aufgegraben, sondern es wird in Bergbauweise unter der Straße durchgearbeitet, damit der Verkehr nicht beeinträchtigt wird.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) BauT-13/02 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Steyrdorf Teil 6; Vergabe und Mittelfreigabe der Bauarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Jänner 2003 werden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegearbeiten zur Herstellung und Verbesserung der Kanalisation Steyrdorf an die Fa. Koller Hoch- und Tiefbau GesmbH, 4360 Grein, Ufer 11, mit ihrem Gesamtangebot in Höhe von EUR 294.351,23 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel sind bei VSt. 5/851000/004280 „Kanalbau Steyrdorf“ vorgesehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist für das Jahr 2003 eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 294.351,23 exkl. MWSt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und ersuche den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Ing. Spanring um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Projektförderung für den Ausbau des Regalsystems im Verein Dominikanerhaus. Dieser Antrag wurde im Kulturausschuss behandelt und entsprechend positiv beschieden.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) Fin-122/02 Verein Dominikanerhaus Bibliothek Steyr; Projektförderung für den Ausbau des Regalsystems

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 11. Dezember 2002 wird dem Verein Dominikanerhaus Bibliothek Steyr, Grünmarkt 1, 4400 Steyr, für den Ausbau des Regalsystems eine Projektförderung in der Höhe von €1.000,-- (EURO eintausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der VA-Stelle 1/279000/757000 - Kultur / sonst. Einricht. + Maßn. d. Erwachsenenbildung, lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/33000/757000 - Kultur / Förd. v. Schrifttum und Sprache, lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. auf die VA-Stelle 1/279000/757000 - Kultur / sonst. Einricht. + Maßn. d. Erwachsenenbildung, lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. bewilligt.

Ich ersuche um Bewilligung dieser Übertragung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch keine, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um die Akontozahlung des Mitgliedsbeitrages für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2003.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) Fin-2/03 Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2003; Akontozahlungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 03. Januar 2003, wird den vierteljährlichen Akontozahlungen für den Mitgliedsbeitrag 2003 in Höhe von €356.125,-- (exkl. USt.), also insgesamt €1.424.500,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von €1.424.500,-- (exkl. USt.) bei der VASSt. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2003 genehmigt.

Ich ersuche diesen Betrag freizugeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? Offensichtlich gibt es dazu auch keine Wortmeldungen, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine, daher einstimmige Annahme.

Wir sind damit beim letzten Punkt angelangt und wir kommen zur „Aktuellen Stunde“.
Gibt es von der SPÖ einen Beitrag?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Von der FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich werde mich kurz fassen, aber ich habe 2 Anfragen, die mir ein bisschen auf der Brust brennen.

Wir haben ja ursprünglich im Bauausschuss ausgemacht, bzw. es war ja Inhalt des Bescheides, dass unterhalb - oder auch oberhalb - der Schwimmschulbrücke im Zuge der Sanierungsmaßnahmen für das Hochwasser nur bis zur Wassergrenze gebaggert werden darf. Mittlerweile ist es so, dass dort auf einer Strecke von ca. 100 x 10 Meter unter die Wasserlinie gebaggert wird und bereits 1000 m³ Schotter entnommen worden sind. Was ist damit, entspricht das dem Bescheid oder entspricht das

nicht diesem Bescheid?

Zweite Frage: Kollege Payrleithner hat es - glaube ich - in einer Bauausschusssitzung schon einmal angesprochen, was passiert denn mit den Trümmern, die von der Rederbrücke ins Wasser fallen? Da hat es ja damals geheißt, das wird weggeräumt, mittlerweile habe ich da schon Aufnahmen vor mir liegen, die ziemlich dramatisch sind, denn da verschwinden einige 1000 m³ Beton samt Eisen in der Enns. Damals hat der Kollege Payrleithner schon gesagt, was ist denn mit dem und ich möchte es heute noch einmal auf die Tagesordnung bringen bzw. in der „Aktuellen Stunde“, denn bislang sind diese Teile - was ich weiß - noch nicht entfernt worden und beim Hochwasser im August hat es einen Gutteil von diesen Trümmern Richtung Schwarzes Meer, sagen wir es einmal so, weggeschwapppt. Also, wenn man auf der einen Seite schaut, dass man aus der Enns oder aus der Steyr nicht einmal einen Tropfen Wasser für seinen Garten entnehmen darf, und auf der anderen Seite verschwinden einfach 1000 m³ Bauschutt, für den wir eigentlich eine gesonderte Entsorgung haben, im Wasser, dann möchte ich wissen, wie schaut es jetzt eigentlich damit aus?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer kann denn dazu Stellung nehmen? Baureferent?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Gut, zu der ersten Frage eine klare Beantwortung. Es hat eine zweite Runde mit den Verantwortlichen der Landesnaturschutzbehörde und den Fischereiberechtigten - sowohl die örtlichen, wie auch die Landesbeauftragten und der gesamten Bauabteilung, Dipl.-Ing. Kunz war ebenfalls dabei - gegeben, und es wurden in Absprache als Vorsichtsmaßnahme diese erweiterten Baggerungen mit gewissen Auflagen, die auch eingehalten werden, beschlossen. Wenn sie jetzt bei der Schwimmschulbrücke schauen, dann sehen sie, dass in der Mitte so ein Streifen an Schotter bestehen bleibt, das ist für die Fischerei notwendig, diese Ausbaggerungen dahinter sind allerdings so genehmigt. Das heißt, es gibt auch eine Beauftragte, die Frau Dr. Sittenthaler vom Land Oberösterreich, die das direkt kontrolliert und beauftragt ist, diese Ausgrabungsarbeiten zu begleiten. Da haben wir direkt keinen Einfluss und diese Überprüfung wird gemacht und ich gehe davon aus, dass sie ordnungsgemäß gemacht wurde. Wir haben dazwischen keinen Bauausschuss gehabt und das ist auch der Grund, warum sie offensichtlich keine Kenntnis darüber haben.

Die zweite Geschichte, betreffend Rederbrücke; sie wissen, das ist ein Straßenbauvorhaben des Landes Oberösterreich, da hat unsere Magistratsabteilung keinen direkten Einfluss. Unserer Information zufolge, wird jetzt mit den Abbrucharbeiten von der alten, noch bestehenden Rederbrücke begonnen. Es ist eine Firma damit beauftragt worden, es gibt auch Vorgaben, wie das zu geschehen hat. Das heißt, dass das nicht einfach runterplumpst, sondern dass das sorgfältig gemacht wird. Hier habe ich auch keinen anderen Wissensstand, als wahrscheinlich auch die meisten hier herinnen, aber ich gehe davon aus, dass das ordnungsgemäß gemacht wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vizebgm. Gerhard Bremm hat sich noch zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlich habe ich mich in dieser Frage auch als Umweltreferent dafür interessiert. Zu den Ausbaggerungen der Steyr, kann ich nach meinen Informationen auch nur das bestätigen, was der Kollege Mayrhofer schon gesagt hat. Es hat dort sehr unterschiedliche Vorstellungen zwischen Behörden und Anrainern gegeben. Es war der Wunsch vorhanden, dass noch tiefer ausgebagert wird, um zukünftiges Hochwasser doch stärker zu verhindern. Wir befinden uns dort aber zum Teil direkt im Naturschutzgebiet und zum Teil ein bisschen außerhalb, das alles ist aber mit der Naturschutzbehörde und der Wasserrechtsbehörde abgeklärt, es hat dort eine Wasserrechtsverhandlung gegeben und es ist dort sehr vornehm ausgedrückt worden - der Ausdruck hat mit sehr gut gefallen - es passieren die Ausbaggerungen unter ökologischer Aufsicht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Was auch immer das heißen mag!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist da extra vom Land Oberösterreich eine weibliche Person beauftragt worden, diese Baggerarbeiten zu kontrollieren, unter kritischem Auge zu haben, dass das, was vereinbart und festgelegt worden ist, auch eingehalten wird.

Zur Rederbrücke, ich habe das seinerzeit, bei den ersten Bauvorhaben, auch festgestellt, dass dort der Abbruch vom Gehsteig doch nicht so gewesen ist, wie es vielleicht hätte sein müssen, weil da hat es ja auch Wasserrechtsverhandlungen gegeben. Für den jetzigen Abbruch ist es so vereinbart, dass der Abbruch nicht in die Enns hineinkommt, also dass das nicht einfach heruntergeschnitten, in die Enns geschmissen und dort ausgebaggert wird, sondern es wird eine Rampe errichtet - zuerst einmal halbseitig - dort wird die Brücke auf festem Boden heruntergeschnitten und vom Bagger und LKW entsorgt, wenn die eine Hälfte weg ist, dann wird die Rampe von der anderen Seite gemacht und die Brücke heruntergeschnitten. Also, es dürfte normalerweise, und das ist auch bei den Verhandlungen festgelegt worden, nicht einfach heruntergeschnitten werden und einfach ins Wasser geschmissen werden. Also dem ist vorgesorgt worden. Wie der Kollege Mayrhofer gesagt hat, ist das schon auch in der Zuständigkeit des Landes und die sind auch verpflichtet, das zu kontrollieren. Wie gesagt, ich habe mich auch als Umweltreferent damit beschäftigt, weil es natürlich auch in unserem Interesse ist, dass dort nicht irgendwelche Dinge geschehen, die dann langfristig für das Flussbett und das Ufer nachteilige Auswirkungen hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Zum Thema Nr. 1 vom Kollegen Apfelthaler; du hast dich ja bereits im Bauausschuss sehr kritisch zu diesen Ausbaggerungen, anlässlich des Hochwassers, geäußert. Ich bin ehrlich gesagt nicht ganz deiner Meinung, im Gegenteil, wir haben dann hineinreklamiert, der Herr StR Mayrhofer wird das auch bestätigen können, dass auch unterhalb der Steyrwehr Baggerungen vorgenommen werden. Vielleicht hast du langfristig nicht ganz unrecht, dass das bisschen natürliche Geschiebe, das noch in der Steyr und der Enns ist, das sowieso langfristig wieder auffüllen wird, ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass das halt eine Jahrhundertsituation war. Es ist halt 103 Jahre her, dass in diesem Ausmaß Geschiebe stattgefunden hat und damit natürlich auch in dementsprechendem Ausmaß Schotterablagerungen mitten in der Stadt stattgefunden haben. Nicht nur im Eisenfeld, auch wenn man hier beim Fenster hinausschaut, dann sieht man wie man z. B. entlang des Ennskais und des Ortskais fast ebenerdig in das Flussbett hineingehen kann und die Anrainer dort zu Recht befürchten, dass bei den geringsten Regenfällen dort die Enns rascher aus den Ufern tritt, wie es der Fall wäre, wenn dort nicht so viel wäre, dort wird jetzt auch rausgebaggert. Ich glaube, man muss die Leute dort schon verstehen, nachdem was sich in den letzten Jahren und vor allem im letztem Jahr abgespielt hat.

Zum Thema Nummer 2: Es war tatsächlich so, dass der Gehsteig bereits bei Baubeginn das erste Mal heruntergeschnitten wurde und der ist dann wirklich in der Enns drinnen gelegen. Ich habe dann den Baudirektor davon in Kenntnis gesetzt und da ist mir dann mitgeteilt worden, dass das heraus geräumt wird. Das ist sich dann aber gar nicht ausgegangen, weil das dann vom Hochwasser sozusagen entsorgt wurde. Es ist auch insofern wichtig, dass wir dran bleiben, auch wenn das kein Projekt der Stadt direkt ist, aber ich glaube, ein bisschen einen Einfluss haben wir da schon. Ich kann mich noch an die Sprengung der sogenannten Neutorbrücke erinnern, und da sind jahrzehntelang nicht nur die Betonteile sondern auch Eisenteile im Flussbett gelegen, was nicht nur optisch nicht schön ist, weil das ja mitten in der Stadt ist, sondern weil vor allem diese Eisenteile auch die Wassersportler dementsprechend beeinträchtigt haben. Ich glaube, man sollte heute wirklich alles daran setzen, dass uns das bei der Rederbrücke erspart bleibt. Wie man das dann in der Praxis macht, weiß ich noch nicht, aber ich hoffe, dass dann wirklich alles heraus geräumt wird und nicht auf das nächste Hochwasser gewartet wird, welches uns das dann eh entsorgt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Wortmeldung vom liberalen Forum?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich hätte nur eine Frage, Herr Bürgermeister. Es gibt ja eine Arbeitsgruppe, die Maßnahmen für den Hochwasserschutz ausarbeiten soll. Wann wird der Gemeinderat über diese Maßnahmen informiert?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe mit der Fr. Dr. Kolar-Starzer ausgemacht, dass die nächste Sitzung im Februar ist und anschließend wird es dann einen Bericht über alle Maßnahmen, die schon erfolgt sind, geben und die, die wir noch vorhaben. Weil es ja auch Aktivitäten vonseiten des Landes gibt, nach denen wir uns richten müssen. Ich habe auf jeden Fall einmal mit ihr vereinbart, dass es im Februar die nächste Sitzung gibt und dann wird berichtet.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich wollte jetzt nur noch einmal nachsetzen, weil der Herr StR Mayrhofer das eben so gesagt hat, wie er es gesagt hat.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Also, es hat einen Bescheid gegeben, an den wir uns ja alle erinnern, der ist ja heftig kritisiert worden, weil er ja quasi in den Augen mancher zu wenig radikal ausgefallen ist. Die Politiker haben sich das eine gewünscht und die Fachleute und Beamten haben gesagt, das geht leider nicht so, wie ihr euch das vorstellt, es geht halt nur bis zu einem bestimmten Maße. Jetzt sagt der Herr StR Mayrhofer, es hat so quasi eine Nachbesprechung gegeben und aufgrund dieser Nachbesprechung ist man halt auf das gekommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Verhandlung!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Oder Verhandlung, gut. Wenn man jetzt bei der Bezirksverwaltungsbehörde anfragt, müssten demnach ja 2 Bescheide vorliegen. Der Grundbescheid und der Bescheid nach der Verhandlung. Der liegt aber nicht vor, soviel ich weiß. Das heißt, wenn jetzt die Fachleute sagen, bis zur Wassergrenze dürfen wir baggern, was für mich ja klar ist - zum Unterschied von manchen anderen - und dann gibt es eine sogenannte Nachverhandlung, in der gesagt wird, also jetzt bohren wir halt mit dem Finger so Maßstabsgetreu ein Loch in die Steyr, dann muss es für das doch auch Unterlagen geben, wie das denn rechtlich und fachlich abgesichert ist. Das hätte mich ja interessiert, weil das ist ja genau die Geschichte, was ich beim Bauausschuss kritisiert habe, dass es auf der einen Seite geheißen hat, wir sind ja die Armen, wir dürfen nicht so, wie wir uns das vorstellen - im Gasthof Bauer haben wir ja ein bisschen viel Druck gespürt, aber die Fachleute sagen, wir dürfen das nicht - und dann gibt es so eine Nachverhandlung, und dann dürfen wir plötzlich. Also, ich möchte gerne die Unterlagen haben, wo drinnen steht, dass bei der Nachverhandlung unter die Wassergrenze gebaggert werden darf. Und wenn es das wirklich gibt, dann frage ich mich, warum es dann einen Bescheid gibt, der das verneint und warum gibt es dann einen Bescheid, der das bejaht. Das hätte mich interessiert. Sollte es nicht so sein, dann kann es sein, dass der Bescheid aus Gummi ist, wo dann die politisch ein bisschen unter Druck geratenen für die Anrainer was tun, so mit dem Zeichen: „Hallo, wir tun etwas für Euch. Es ist zwar vielleicht nicht so rechtens, aber wir tun was für euch.“ Zu der zweiten Geschichte, was macht das für einen Sinn, wenn ich dort ein Loch bohre und 1000 m³ Schotter herausnehme, beim nächsten Hochwasser ist das Ding wieder voll und wir haben Geld vernichtet. Der Kollege Payrleithner hat es eh schon erwähnt, wir haben zu Weihnachten ein Hochwasser gehabt und wir wollten ursprünglich in Zwischenbrücken, bei der Insel wo die Zille hängt, baggern und dann wollten wir noch eine Rampe hinaufschütten, damit wir oberhalb von der Wehr auch baggern, weil dort gibt es ja auch so eine grausliche Schotteransammlung. Was ist passiert? Nach dem Weihnachtshochwasser war das weg, ohne Rampe, ohne Bagger usw.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die Frage ist jetzt offen geblieben, gibt es einen zweiten Bescheid?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ob ein zweiter Bescheid erstellt wurde, entzieht sich meiner derzeitigen Kenntnis. Um Detailinformationen zu bekommen, hat jeder Gemeinderat ja die Möglichkeit, eine offizielle Anfrage zu stellen und ich glaube, das ist auch die übliche Vorgangsweise.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Herr Baudirektor weiß über das Thema bestens Bescheid, da kann man das auch noch einmal hinterfragen. Er hat mir heute, vor dieser Sitzung, noch einmal versichert, dass alles rechtens ist, was zurzeit passiert, aber das ist halt eine Aussage, die ich auch nicht überprüfen kann. So ist der Stand.

Gibt es noch eine Anfrage des liberalen Forums?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Bei unserer heutigen Gemeinderatssitzung haben wir für die Verhandlungsgegenstände Euro 2.781.970,-- ausgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.05 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, GR Rudolf Blasi

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Rudolf Blasi, GR Elfriede Reznar